Donnerstag, 24. November 1932
14. Jahrgang Nr. 276

A

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902. Postscheckkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902.

Erscheint täg[illegible] Wöchentl. 42 [illegible] Botenlohn = 2[illegible] monatlich 2,15 [illegible] zehngespaltene [illegible] sammlungsanzeig[illegible] meterzeile oder d[illegible] Text 70 Pf. — Annahmeschluß in der Hauptexpedition u[illegible] vor: in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

Du wirst belogen
von der bürgerlichen und
sozialdemokratischen Presse
Die nackte Wahrheit erfährst du
in der „Arbeiter-Zeitung"

Arbeiter demonstrieren gegen Hitler

unter den Rufen: „Nieder mit Hitler!" „Nieder mit dem Faschismus!" „Es lebe die Einheitsfront!" Hitler fordert offene Diktatur-Regierung — Dieser Notverordnungsknecht muß auf Granit beißen!

Schlesische Betriebsbelegschaften, folgt dem Beispiel von Voigtländer!

Berlin, 24. November. (Eig. Drahtber.) Nachdem Hitler in seinem Antwortschreiben an Hindenburg seine volle Bereitschaft für die Durchführung des Papenschen Kurses erklärt hatte, aber die Uebernahme eines Präsidialkabinetts durch seine Person verlangt, versuchen der Herzog von Coburg und der ehemalige Reichsbankpräsident Schacht eine Regierung zu bilden durch die Wiederherstellung der Harzburgfront.

Berlin, 24. November. (Eig. Drahtber.) In der Müllerstraße am Leopoldsplatz wurde gestern abend um 8 Uhr eine Versammlung durchgeführt, an der etwa 400 Arbeiter teilnahmen. Einige Minuten lang sprach ein Redner, der zum Kampf gegen die faschistische Diktatur aufforderte. Unter den Rufen: „Nieder mit Hitler!", „Nieder mit dem Faschismus!" bildete sich ein Demonstrationszug. Ebenfalls demonstrierten die Berliner Arbeiter in Lichtenberg und am Kottbuser Platz.

Berlin, 24. November. (Eig. Drahtber.) Mittwoch abend fand vor dem Standquartier Hitlers, dem feudalen „Kaiserhof", eine Demonstration statt. Die Menge brach in laute Protestrufe gegen die faschistische Diktatur und gegen Hitler, in Hochrufe auf die Kommunistische Partei aus. Die SA. zog sich angesichts dieser Demonstration hinter die Flügeltüren des luxuriösen Hotels zurück.

Hindenburg, 24. November. Gestern abend gegen 19 Uhr demonstrierten auf der Bahnhof- und Kronprinzenstraße Arbeiter unter dem Gesang revolutionärer Lieder und „Nieder!"-Rufen gegen die faschistische Diktatur und den Ausnahmezustand sowie gegen die Sondergerichte. An der Kochmann-Ecke auf der Kronprinzenstraße stauten sich größere Menschenmassen, die von den eingetroffenen Polizei-Ueberfallkommandos zerstreut wurden. Am „Admiralspalast" löste sich gleichfalls eine unter „Nieder!"-Rufen gegen die faschistische Diktatur und gegen Hitler bewegende Demonstration kurz vor Eintreffen der Polizei auf. Ueberfallkommandos durchfuhren die Straßen und zerstreuten überall die Ansammlungen.

Düsseldorf, 24. November. (Eig. Drahtber.) In den Straßen von Düsseldorf fanden gestern abend gegen 9 Uhr Demonstrationen der Arbeiter unter den Rufen: „Nieder mit Hitler!". „Hoch die Einheitsfront!" statt.

Hamburg, 23. November. (Eig. Drahtber.) In allen Stadtteilen fanden am gestrigen Tag spontane Demonstrationen der Arbeiter statt, in denen der Kampfwille gegen die Verschärfung der faschistischen Diktatur zum Ausdruck kam. In der Hamburger Straße von Barmbeck sammelten sich gegen 19 Uhr 500 Arbeiter und Arbeiterinnen zu einer Protestdemonstration. Rufe gegen die faschistische Diktatur und das Todesurteil in Chemnitz ertönten. Zwischen der Wattsdorfer und Wohldorfer Straße hielt ein Arbeiter eine kurze, mit Beifall aufgenommene Ansprache gegen den Faschismus und eine Hitler-Koalition. Zur selben Zeit fand auch in St. Georg eine Demonstration der Arbeiter statt, die etwa 250 Mann zählte. Diszipliniert marschierte der Zug über den Steindamm durch die Danziger und Rostocker Straße und löste sich nach einer kurzen Ansprache auf dem Hansaplatz auf. — Am Montag marschierte durch die Idastraße und andere Straßen von Hammerbrook ein Demonstrationszug von 100 Arbeitern, die gegen das Chemnitzer Urteil gegen den Antifaschisten Bartl, gegen das faschistische Diktaturkabinett und gegen die Exmittierung der Dulsberg-Mieter protestierten. „Rot-Front!"-Rufe ertönten.

Wandsbeck, 23. November. (Eig. Drahtber.) Am Montag sammelten sich in den Straßen Wandsbecks Arbeiter und schlossen sich zu spontanen Demonstrationszügen zusammen. Auch hier wurden Rufe gegen die faschistische Regierung, gegen Hitler und gegen das Todesurteil in Chemnitz laut. Durch die Moetherstraße, Rahlstedter Straße und Friedrich-Ebert-Damm zogen 200 Arbeiter. Polizeiautos fuhren noch stundenlang durch die Straßen und untersuchten harmlose Passanten nach Waffen. Alle Demonstranten zeigten eine mustergültige Disziplin, und der Polizei gelang es in keinem Falle, auch nur einen demonstrierenden Arbeiter zu verhaften.

*

Gestern nachmittag wurde das Antwortschreiben Hitlers an Hindenburg übergeben. Nach den vorliegenden Meldungen erklärte Hitler, es sei ihm nicht möglich, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützt. Das Schreiben sagt weiter, daß der NSDAP. die Bildung einer parlamentarischen Regierung überhaupt unzweckmäßig erscheine, nachdem durch die Bildung der Präsidial-Regierung (Papen-Regierung) eine neue Form gefunden sei. Infolgedessen sei die NSDAP. für ein Präsidial-Kabinett, und er, Hitler, und seine Partei würden sich dazu „zur Verfügung stellen". Die Forderung nach der Kanzlerschaft Hitlers ist in der Antwort weder erneut ausgesprochen noch ausdrücklich fallen gelassen, sondern absichtlich offen gehalten worden. Nach weiteren Meldungen ist die NSDAP. damit einverstanden, daß eine offiziell der NSDAP. nicht angehörende Person, der sie „das Vertrauen schenke", Kanzler wird und in diesem Falle wollen die Nazis sich direkt an der Regierung beteiligen, wenn sie das Innenministerium, andere Reichsministerien und den Posten des Reichskommissars in Preußen erhalten. In diesem Falle wünschen die Nazis als Kanzler Schacht, nach anderen Mitteilungen Cuno und gar den Herzog von Coburg-Gotha.

Ob die neue Diktatur-Regierung Schacht oder Hitler oder einen anderen als Kanzler haben wird, ob die Nazis sich direkt an ihr beteiligen und welche Ministerien sie bekommen oder ob sie tolerieren oder ob die Diktatur-Regierung eine neue Auflage des Papen-Kabinetts mit oder ohne Papen ist — in allen Fällen ist ihr Kurs die verschärfte Durchführung des Lohn- und Sozialabbaues, die verschärfte Niederhaltung der Arbeitermassen. Die großen Polizeirazzien in Ludwigshafen und Stralsund, die Lohnabbauvorstöße in allen Teilen des Reiches und die täglichen Zuchthausurteile leiten den verschärften faschistischen Kurs ein.

Die Klassengegensätze spitzen sich zu. Während die Arbeiterschaft in Demonstrationen, Proteststreiks und Streikbeschlüssen sich vorbereitet, um die Bildung einer Naziregierung zu verhindern, bringt auch der heutige Morgen-„Vorwärts" nichts weiter als dumme Späße über die politischen Ereignisse. Der „Vorwärts" und die gesamte SPD.-Presse versuchen absichtlich die Lage zu verschleiern, um die Arbeiterschaft vom Kampf abzuhalten. Darum müssen wir alle Kräfte einsetzen zur Mobilisierung der Einheitsfront gegen faschistische Diktatur.

Die Hamburger Hochseefischer und andere Betriebe haben bereits Proteststreiks und Protestbeschlüsse gefaßt. Der Streikbeschluß der Funktionäre der Firma Voigtländer, Braunschweig, muß auch wegweisend für alle schlesischen und oberschlesischen Betriebe sein. Die spontanen Demonstrationen in Berlin, Hindenburg, Hamburg usw. gegen die neue Diktatur-Regierung, gegen das Todesurteil in Chemnitz, sind Zeichen des revolutionären Kampfwillens. Der Notverordnungsknecht Hitler muß auf Granit beißen!

Nazi-Hetze gegen Erwerbslose

Berlin, 24. November. (Eig. Drahtber.) „Völkischer Beobachter" und „Angriff" von gestern bringen wüste Angriffe gegen die vom Reichserwerbslosenausschuß eingeleitete Konferenz zur Rettung vor Hunger und Frost, zur Oeffnung der Lagerspeicher und Kohlenhalden zugunsten der Erwerbslosen. Offen rufen diese braunen Banditen, während sie im luxuriösen „Kaiserhof" mit Hochfinanz und Adel sitzen, gegen die hungernden Arbeiter nach dem Staatsanwalt und der Polizei. Diese Hetze hat eine millionenfache Empörung der Arbeitermassen hervorgerufen. Heraus mit dem Ueberfluß an Korn und Kohlen für die hungernden Erwerbslosen!

Aus dem Inhalt:

Nazi-Unternehmer bauen Lohn ab
Nazi-Führer für Papen-Notverordnungen
Liebauer Erwerbslose erkämpften Brot und Kohlen

Rettung vor Hunger und Frost!

Von Wilhelm Koenen

Nie war in Deutschland soviel Ueberfluß, wie gegenwärtig. Nie hatten wir so riesige Rekordernten. Nie waren die Kohlenberge so hoch wie jetzt. Alles, was wir am dringlichsten zum Lebensunterhalt brauchen, ist in überwältigenden Mengen da.

Die kapitalistische Presse bringt Tag für Tag in ihrem Wirtschaftsteil langatmige Auseinandersetzungen darüber, wie all dieser Ueberfluß untergebracht werden soll. Die tollsten Vorschläge werden diskutiert, um die riesigen Erntevorräte an Kartoffeln, Roggen, Weizen, Zucker usw. kapitalistisch mit Profit verschwinden zu lassen. Die ganze Kapitalistenbrut kennt dabei, vom Großagrarier bis zum Großhändler einschließlich der Kohlenbarone, nur das Ziel der Aufrechterhaltung der höchsten Preise.

Durch Preisermäßigung, durch Verbilligung entsprechend der durch Lohn- und Unterstützungsraub gesenkten Kaufkraft die riesigen Bestände unter die notleidenden Massen zu bringen, lehnen die kapitalistischen Ausbeuter rundweg ab. Sie haben die Macht und halten die Preise hoch. Der Preisabbauschwindel ist längst begraben. Die Auswucherung des eigenen Volkes gehört zum kapitalistischen Herrschaftssystem.

Alles Brot, das wir verzehren, und auch das, was man uns vorenthält, alle Kartoffeln und alle Kohlen kommen aus deutschem Grund und Boden. Es sind inländische Massenprodukte, über die wir volle Verfügungsfreiheit haben sollten. Aber unter den „nationalen" Regierungen sind diese Produkte „deutscher Erde" keineswegs für die deutschen Werktätigen da. Die können mit ihren Familien hungern, in Krankheit und Elend dahinsiechen, sie können mit ihren Familien frieren und zugrunde gehen. Eher wird deutsches Brot, werden deutsche Kartoffeln und deutsche Kohlen vernichtet, als daß das „nationale" Deutschland diese Ueberschüsse den hungernden und frierenden Massen überläßt.

3 Millionen Tonnen Roggen Ueberschuß

Die deutsche Roggenernte brachte in diesem Jahre acht Millionen Tonnen. Wie aber die „Germania" bereits am 22. Juli erschreckt berichtete, verbrauchen wir nach Schätzungen „nicht mehr als höchstens fünf Millionen Tonnen Roggen pro Jahr für die menschliche Ernährung". Danach sind also für dieses Jahr der krassesten Not drei Millionen Tonnen Roggen Ueberschuß vorhanden. Wohin damit? Das christliche Blatt schrieb in dem gleichen Artikel, „daß der Rest entweder ins Ausland oder aber an den Futtertrog wandern müßte". Jetzt hat die Reichsregierung noch einen dritten Weg nach dem Rezept des sozialdemokratischen Roggenkommissars Baade beschlossen, nämlich die sogenannte Magazinierung.

Massenhafte Verschleuderung von Getreide

Ins Ausland wandert der deutsche Roggen zu solch niedrigen Schleuderpreisen, daß z. B. vorigen Winter in Kopenhagen zehn Pfund Brot aus deutschem Roggen nur 90 Pfg. kosteten, während die gleiche Brotmenge in deutschen Städten 1,90 Mark kostet.

Große Mengen Getreide werden den hungernden Menschen entzogen und als Viehfutter verwendet. Dazu werden mehrere hunderttausend Tonnen mit dem Farbstoff Eosin rot gefärbt und vergällt. So wandert menschliche Nahrung, nach der Millionen schreien, einfach in den Futtertrog. — Diese Methode findet aber auch schon Widerspruch. Nicht bei den sozialdemokratischen Volksbetrügern, die ihren Baade auch für diesen Zweck der Regierung Brüning-Schiele zur Verfügung stellten, der Widerspruch kommt vom Viehmarkt. Durch den halbverschenkten Roggen würde das Mästen von Vieh aller Art so verbilligt und gefördert, daß jetzt — o Schreck — die Fleischpreise zu sinken beginnen! Das müßte verhindert werden.

Jetzt hat die Papen-Regierung die Magazinierung als Hauptmittel der Fortschaffung des Roggens vom Viehmarkt beschlossen.

Betriebsfunktionäre von Voigtländer für Streit gegen Regierung mit Nazis

Braunschweig, 23. November. (Eig. Drahtber.) Eine Funktionärsitzung der Arbeiterschaft des Betriebes Voigtländer (800 Mann Belegschaft) beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Lage und der Gefahr der Verschärfung der faschistischen Diktatur. Mit 38 Stimmen bei 3 Enthaltungen wurde beschlossen, den Betrieb streikfertig zu machen. In der angenommenen Resolution heißt es, daß die Arbeiterklasse die Bildung einer Regierung mit Nationalsozialisten mit der Waffe des Streiks nur beantworten könne. Ein entsprechender Appell wird an alle braunschweigischen Betriebe gerichtet. Es wurde ein vorbereitender Kampfausschuß gewählt. Diese Entscheidung der Funktionäre von Voigtländer, die in ihrer Mehrheit parteilos und sozialdemokratisch eingestellt sind, wird in allen Betrieben lebhaft besprochen.

Schon unter Brüning hat Baade, der Sozialdemokrat, für 67 Millionen Mark Steuergelder große Roggenmengen aufgekauft und eingelagert. Das nennt man magazinieren. Der Agrarier kriegt seine volle Ernte aus Steuergroschen bezahlt, und das Reich läßt durch Lagerung einen großen Teil des Korns verkommen, um es nicht in die Hände und Mäuler der hungernden Massen geben zu müssen.

Die Kommunisten haben wiederholt in den Parlamentsausschüssen, im Reichstag und auch im Landtag beantragt, den Roggenüberschuß so zu verwenden, daß alle sozial Hilfsbedürftigen etwa jede Woche ein Brot extra als Zusatzunterstützung erhalten. Das war doch als Vorschlag nicht nur sozial, sondern auch christlich und sogar national! Und doch haben alle Parteien, von der Sozialdemokratie über Zentrum bis zu den Nationalsozialisten, immer diesen Vorschlag rundweg und brutal niedergestimmt.

Wie der Millionen-Kartoffelüberschuß verwüstet wird!

Nach amtlichen Meldungen sind in diesem Jahre 45,3 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet. Das ist eine seit vielen Jahren nicht mehr erreichte Rekordziffer. Für Selbstversorgung, für die Versorgung der Städte und als Saatkartoffeln einschließlich Schwunden, werden insgesamt kaum 20 Millionen Tonnen Kartoffeln verbraucht. Es bleibt uns also ein Ueberschuß von 25 Millionen Tonnen Kartoffeln. Das ist mehr als eine nochmalige Jahresversorgung der gesamten Bevölkerung nach dem bisherigen Stand. Die Ernährungslage könnte also noch mehr als beim Roggen um das Doppelte verbessert werden. Aber die herrschenden Gewalten verweigern den Massen die Auslieferung dieser Kartoffeln. Sie wollen nicht, daß deutsche Familien sich an deutschen Kartoffeln sattessen. Sie wollen überhaupt nicht die Versorgung der Bevölkerung, sie wollen nur Geschäfte machen und Profit.

Die Hauptvernichtungsmethode ist das Verbrennen der Kartoffeln zu Sprit. Schon unter der Brüning-Regierung wurden erhöhte Mittel für diese Verwüstung eines der wichtigsten Nahrungsmittel der deutschen Bevölkerung durch die Reichstagsmehrheit zur Verfügung gestellt. Jetzt ist bereits soviel Sprit auf Lager, daß die Lagerräume nicht ausreichen und Kähne in Anspruch genommen werden müssen. Diese Spritlager übersteigen bei weitem den Bedarf eines ganzen Jahres. Auch hier ersaufen wir buchstäblich im Ueberfluß. Aber die Regierung kauft trotzdem durch das Reichs-Sprit-Monopol allen neuen Spiritus auf, den die agrarischen Großbrenner aus Millionen Tonnen Kartoffeln erzeugen. Alles auf Kosten der Steuerzahler.

Andere Millionen Tonnen Kartoffeln werden in Kartoffelmehl verwandelt. Um dafür Massenabsatz zu schaffen, hat die Regierung den Beimischzwang für Kartoffelmehl zum Roggenbrot verordnet. Heller Wahnsinn! Roggen ist im Ueberfluß da, aber die Kartoffelagrarier wollen auch ihren Profit, also herein mit dem Kartoffelmehl ins Roggenbrot. Damit wird zwar das Brot schlechter und teurer, aber der kapitalistische Wahnsinn ist eben die Herrschaftsmethode der Trustherren und Junker. Nicht Massenversorgung, sondern Profit ist die Losung! Gleichzeitig wird so die Kriegsernährung wieder vorbereitet.

Der riesige Rest von Millionen Tonnen an Kartoffeln wird als Viehfutter vermanscht oder in riesige Mieten gebracht, die im Frühjahr dann zahlreich dem Verderben überlassen bleiben. Nur keine Winterversorgung für die werktätigen Massen, sondern Preise hochhalten, um dann mit den gelagerten Beständen spekulierend Extraprofite zu machen, so treibt es der Wucher der Großagrarier in Deutschland!

Als die kommunistische Reichstagsfraktion im letzten Herbst beantragte, den Kartoffelüberschuß den Erwerbslosen kostenlos auszuliefern, waren die sozialen, christlichen und nationalen Vertreter von SPD. bis Nazis einmütig gegen einen solchen Rettungsplan. Sie lassen buchstäblich die verelendeten Massen bei vollen Scheunen verhungern. — Darüber hinaus werfen sie noch Geld hinterher, um diese Verwüstungspolitik durchführen zu können. Denn wenn die Regierung wirklich die Kartoffeln den Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen sofort gratis geliefert hätte, so wäre das noch sieben Millionen Mark billiger, als das Verbrennen der Kartoffeln! Nur keine Volksernährung, sondern Verwüstung der wichtigsten Volksnahrungsmittel, mag es kosten, was es will, das nennt man dann „Schutz der nationalen Arbeit"!

Mehr als 12 Millionen Tonnen Kohlenüberfluß!

Die amtlichen Ausweise bestätigen allmonatlich, wie die riesigen Kohlenberge in Deutschland immer höher wachsen. Im Ruhrgebiet liegen, wie bürgerliche Zeitungen melden, „unübersehbare Kohlen- und Koksberge". Diese Haldenbestände umfassen gegenwärtig mehr als 12 Millionen Tonnen Steinkohle. Das ist mehr als der gesamte Hausbrandverbrauch eines Jahres. Das ist doppelt und dreifach so viel, als nötig wäre, um alle Unterstützungsempfänger in Deutschland für den ganzen Winter mit Hausbrand zu versorgen.

Jetzt liegen die riesigen Kohlenberge da und erhöhen sich von Monat zu Monat. Die raffgierige Spekulation der Schlotbarone, anläßlich des belgischen Bergarbeiterstreiks durch große Auslandslieferungen neue Millionenumsätze zu machen, ist fehlgeschlagen, denn da drüben liegen auch unerhörte Vorräte. Gewaltige Kapitalien sind in den Kohlenbergen festgelegt. Monat für Monat erfordert das Millionen von Zinsen. Dafür schreit dann die Schwerindustrie nach Subventionen und Steuerfundung.

Nur keine Verbilligung zur besseren Versorgung der Massen. Diese raffsüchtige Profitgier treibt hier ihre tollsten Blüten. Schon kommen Meldungen, daß einige dieser riesigen Kohlenbergwerke durch Selbstentzündung von innen heraus zu schwelen und verbrennen beginnen. Der dauernde ungeheure Druck der lagernden Massen führt zu einer solchen inneren Erhitzung, daß die Selbstentzündung unvermeidbar ist. Was fragt das Großkapital danach: mögen die Kohlen umkommen und die Massen erfrieren, Hauptsache ist, die Preise bleiben hoch und der Profit wird staatlich gesichert! — Heller Wahnsinn, aber kapitalistische Herrschaftsmethode!

Her mit dem Ueberfluß! Was ist zu tun!

Leicht wäre die Massenversorgung, leicht wäre aller Hunger in Deutschland gestillt, leicht wäre die Sicherung gegen Kälte und Frost, wenn in Deutschland — Kommunisten regierten!

Aber heute, unter kapitalistischer Herrschaft, können die Erwerbslosen, die Unterstützungsempfänger auch die teilweise Linderung ihrer Not nur durch ihre Massenforderung erreichen. Nur aus Angst vor der Massenbewegung werden die herrschenden Gewalten etwas von dem Brot, etwas von den Kartoffeln und den Kohlen für die Unterstützungsempfänger herausrücken. Die „nationale Konzentration", die Einbeziehung des blutigen Hitlerfaschismus in die Regierung bedeutet nichts anderes, als daß die Trustherren und Junker ihren Ueberfluß, der die Speicher bersten läßt, noch besser vor den immer stürmischer erhobenen Lebensforderungen der hungernden Massen verteidigen wollen. Um so stärker muß die Massenbewegung sein, die allein die Durchführung dieser Forderungen erreichen kann.

Mit der Forderung: Oeffnung der Kohlenhalden, Kartoffelmieten, der Getreidespeicher für die hungernden Massen! muß die Massenbewegung organisiert werden. An allen Stempelstellen und Wohlfahrtsämtern muß es beginnen. In proletarischer Einheitsfront sind die Forderungen aufzustellen und die Delegationen zu bilden. Alle Versammlungen müssen die Forderungen in die Welt hinausschreien. Massenhafte Delegationen müssen an die Türen aller Behörden, aller Regierungsstellen pochen. Unablässig muß sich der Strom der massenhaften Delegationen durch die Aemter und Büros ergießen. Unausgesetzt müssen allen Bürokraten in den Gemeinden, Ländern und im Reich die Notschreie dieser Delegationen in den Ohren liegen, die gebieterisch das fordern, was ihnen vom Ueberfluß in Deutschland zukommt, um nicht zu verrecken.

Jede Arbeiterorganisation muß diesen Ruf auf Rettung vor Hunger und Frost aufnehmen. Faßt Beschlüsse in allen Betrieben und Gewerkschaften! Fordert die sofortige Auslieferung des gewaltigen Ueberschusses an Brot, Kartoffeln und Kohlen an alle Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen.

Gestützt auf diesen Massenschrei, auf diese Massenbewegung werden die Kommunisten in allen Parlamenten vorstoßen, in den Gemeinden, Ländern und im Reich die Anträge stellen auf sofortige Versorgung aller Unterstützungsempfänger aus dem Millionenüberschuß an Brot, Kartoffeln und Kohlen.

Niemand braucht mehr zu hungern in Deutschland, niemand mehr zu frieren; wenn diese Massenbewegung die Herrschenden erzittern läßt und die Auslieferung der Millionenmengen an die hungernden Massen erkämpft.

Nazi-Führer für Papen-Notverordnungen!

SA.-Prolet, was sagst du dazu?

In dem Essener Nazi-Organ „National-Zeitung" schreibt am 18. November der Nazi-Graf Schwerin folgendes:

„Wir Nationalsozialisten sind uns darüber klar, daß bis zu einem gewissen Grade das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung schon nicht mehr ausgeschaltet werden kann, weil die Rechtsfolgen, die aus der Aufhebung der Notverordnung vom 4. September erwachsen würden, ungeheuer schwerer Art sein müßten."

Vor den Wahlen: „Gegen Papen!" 14 Tage nach der Wahl: „Für Papen!" Das ist das verlogene, arbeiterfeindliche Gesicht der Nazi-Führer! Für alle bisherigen proletarischen Nazi-Anhänger, die gegen die Kapitalisten kämpfen wollen, kann es nur den Bruch mit den betrügerischen Nazi-Führern geben.

Her zur Einheitsfront, die gegen das Kapital kämpft!

8 Millionen Mark Defizit in Nazi-Mecklenburg

Im Hauptausschuß des Mecklenburg-Schwerinschen Landtages mußte der Vertreter der Nazi-Regierung zugeben, daß das Haushalts-Defizit auf 8 Millionen Mark angestiegen sei.

Die Nazi-Regierung will in getreulicher Ausführung des Papen-Kurses um das Riesendefizit, das durch ihre Mißwirtschaft entstanden ist, durch die schärfste und reaktionärste Belastung der werktätigen Massen decken.

Senkung der Ausgaben für Wohlfahrtswesen und Arbeitsbeschaffung um 30 Prozent! Senkung der Beamtenlöhne ab 1. Januar 1933. Einführung der Schlachtsteuer durch Notverordnung am 6. Dezember!

Das sind die Mittel, welche die Nazi-Regierung anwendet, um das Defizit zu decken. Das ist nichts anderes, als die schonungsloseste Durchführung des Papen-Kurses in Mecklenburg, den die Naziführer in Wahlversammlungen so marktschreierisch „bekämpften". Immer wieder muß man die Werktätigen auf diese Tatsachen hinweisen, um die irregeführten werktätigen Anhänger der Nazis von den Nazi-führern zu lösen und sie in die Einheitsfront gegen Hunger, Krieg und Faschismus einzugliedern.

Nazi-Unternehmer bauen den Lohn ab

und betrügen die Arbeiter mit „Gewinnbeteiligung"

Der Besitzer der Metallfabrik Siebeck in Ratingen, hat am 21. November der Belegschaft einen Lohnabbau von 20 Prozent angekündigt. Der Unternehmer ist eingeschriebenes Mitglied der Nazi-Partei. Die Belegschaft ist entschlossen, sich gegen den Nazi-Lohnräuber zur Wehr zu setzen.

Ein anderer Nazi-Unternehmer, Fritz Kien, Besitzer der Zigarettenpapierfabrik in Trossingen (Württemberg), hat seinen Arbeitern im November 1931 die Gewinnbeteiligung versprochen. Unter dieser Voraussetzung zahlte er der Belegschaft Löhne, die weit unter Tarif lagen, wodurch jede Arbeiterin in dem zurückliegenden Jahr 197,60 RM. Lohnverlust hatte. Als nun die Arbeiterinnen, die nicht „an verantwortungsvollen Posten" standen, ihren Gewinnanteil ausbezahlt erhielten, bekamen sie für das ganze Jahr 1931/32 nur 22,50 RM. ausbezahlt. Die „Gewinnbeteiligung" war ein riesiger Betrug auf Kosten der notleidenden Arbeiterinnen.

Diese Tatsachen brandmarken den ganzen Schwindel der Rezepte der Nazi-Führer, die sich in jeder Beziehung als politische Betrüger erweisen.

4 Monate Lehrergehälter im Rückstand in Nazi-Oldenburg

Nach einer Notiz der Allgemeinen Deutschen Beamtenzeitung vom 3. November sind allein im oldenburgischen Landesteil Lübeck im Rückstand nur mit der Lehrerbesoldung:

Eutin-Land	mit 12	Lehrern	und	4	Monatsgehältern
Süsel	„ 8	„	„	4½	„
Gletschendorf	„ 8	„	„	2⅔	„
Reesefeld	„ 14	„	„	2⅔	„
Stockelsfeld	„ 14	„	„	3	„
West-Rakotau	„ 18	„	„	4½	„

Die Beamtengehälter sind von der Nazi-Regierung erneut um 20 Prozent gekürzt worden. Es waren gerade viele Beamte und Lehrer, die den Versprechungen der Nazi führer glaubten und ihnen ihre Stimme gegeben haben. Die obigen Mitteilungen der Allgemeinen Deutschen Beamtenzeitung werden auch diesen Kreisen die Augen darüber öffnen, daß sie von den Nazi führern ebenso belogen und betrogen worden sind, wie die übrigen werktätigen Wähler der Nazis. Es gibt auch für die Lehrerschaft und die unteren und mittleren Beamten keine andere Partei, die ihre Interessen ernsthaft vertritt, als einzig und allein die KPD. Auch die unteren und mittleren Beamten gehören in die Einheitsfront gegen Kapitalismus, gegen Faschismus.

Arbeiter demonstrieren gegen Trotzki

Kopenhagen, 23. November. (Eig. Drahtber.) Als Trotzki in Kopenhagen ankam, bildeten sich bei seinem Eintreffen große Demonstrationen, die gegen den Konterrevolutionär eine drohende Haltung einnahmen. Die Arbeiter brachten heftige Rufe gegen Trotzki aus, so daß derselbe vor der Wut der Arbeiterschaft unter Polizeischutz genommen werden mußte.

Zwei flüchtige Potempa-Mörder verhaftet

Beuthen, 23. November. Wie von der Pressestelle des Landgerichts Beuthen mitgeteilt wird, sind die in der Potempasache stark belasteten und bisher flüchtig gewesenen Angeklagten Golombek und Dutzki aus Rolittnitz jetzt verhaftet worden. Wie wir dazu erfahren, erfolgte die Verhaftung der beiden Angeklagten in Neiße. Bekanntlich wurde besonders Golombek von den anderen Angeklagten im Potempa-Prozeß schwer belastet. Nach den Aussagen der Angeklagten sollen sich Golombek und Dutzki sowie der bisher noch flüchtige Kaufmann Prescher aus Friedrichswalde gleichfalls in dem Zimmer befunden haben, in dem der Kommunist Pietrzuch getötet wurde.

Neue Streiks gegen Lohnabbau

In Eßlingen (Württemberg) wollten die Unternehmer den Lederarbeitern einen neuen Lohnabbau aufzwingen. Die RGO. mobilisierte die Betriebsbelegschaften und unter diesem Massendruck haben die Unternehmer ihre Lohnabbau-Forderung zurückgezogen.

Die Direktion des Eisenwerkes Lüneburg hat den Lohntarif zum 1. Dezember gekündigt und fordert einen neuen Lohnabbau.

In Solingen-Wald sind am 21. November die Schleifer und Verchromer der Odiso-Werke in den Streik getreten. Der Streik geht gegen einen Lohnabbau von 9 Pf. pro Stunde.

In der Gardinenfabrik Dobritz (Sachsen) wurde in der Abteilung Zwirnerei ein Lohnabbau angekündigt, der 9—10 Mark für 14 Tage ausmacht. Die Abteilung streikte daraufhin einige Stunden. Es gelang dem reformistischen Betriebsrat noch einmal, die Arbeiter zur Arbeitsaufnahme zu veranlassen, doch ist die Belegschaft immer noch gewillt, den Lohnraub abzuwehren.

In Minden (Hannover) ist die Belegschaft des Steinbruchbetriebes Schröder in den Streik getreten, weil der Unternehmer den verdienten Lohn zurückhält.

Streikvorbereitungen der Berliner Gastwirtsangestellten

Berlin, 24. November. (Eig. Drahtber.) Trotz der Sabotage der Verbandsbürokratie werden die Streikvorbereitungen im Berliner Gastwirtsgewerbe durch die RGO. durchgeführt. In einer Belegschaftsversammlung der Aschinger-Betriebe unter Führung der RGO. wurde beschlossen, heute eine Urabstimmung durchzuführen. Eine zentrale Kampfleitung ist gebildet worden.

In den von den drei Verbänden einberufenen Versammlungen, die schlecht besucht waren, wurden die oppositionellen Funktionäre, welche ausgeschlossen sind, durch die Polizei aus dem Saale gewiesen.

Wo das Kapital lebt, kann der Frieden nicht leben!

Der Völkerbundspalast in Genf sollte eine neue Fahne hissen: die Friedenstaube aufgespießt auf dem Bajonett. Die Genfer Ereignisse haben in der ganzen Welt ein stürmisches Echo wachgerufen. Genf — die Friedensattrappe des Weltimperialismus, der Sitz des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz — wurde eine Stätte des blutigen Klassenkampfes. Ein weltgeschichtliches Symbol des endgültigen Bankrotts der pazifistischen Phrase, die 14 Jahre lang der imperialistischen Weltpolitik als Kulisse diente. Wer besser als John Heartfield konnte diesen Bankrott darstellen. Die AIZ. bringt neben 3 Seiten aktuellen Bildberichten über die Vorgänge in Genf als Titelblatt eine Fotomontage: die Friedenstaube aufgespießt auf dem Bajonett und auf dem Hintergrund den in Erscheinung tretenden Völkerbundspalast, mit der Roten-Kreuz-Fahne, durch die das Hakenkreuz schimmert.

Ebenso wenig wie die kapitalistische Gesellschaft daran denkt, auf den Krieg zu verzichten, ebenso unfähig ist sie, den Millionen Arbeitslosen Arbeit und Brot zu verschaffen. Sie ist nicht einmal mehr imstande, ihren Arbeitssklaven das nackte Leben zu garantieren. Die neue AIZ. ist neben der aktuellen Bildberichterstattung über Genf ausschließlich den Wohlfahrtsempfängern gewidmet. Zum Wohlfahrtsamt führt der Leidensweg von Millionen, aber nicht Winterhilfe, nicht Almosen wollen die Erwerbslosen, sie fordern: Arbeit, Brot und Freiheit. Die AIZ. zeigt, wohin die Almosen-Empfänger gehören — in die Front der kämpfenden Arbeiterschaft.

Keiner versäume die letzten spannenden Ausführungen des Reichswehrleutnants a. D. Scheringer, über seinen Weg zur roten Front zu lesen in der AIZ., überall erhältlich. Preis 20 Pf.

Die Ortsgruppe Ober-Leschen schreibt:

„. . . die ersten 100 Lose am Freitag erhalten und bereits am Sonnabend im Zellstoffwerk verkauft. Senden mit gleicher Post per Zahlkarte 8,50 Mark. Fordern weitere 100 Lose an!" Genossen! Tragt so überall unsere Literatur in die Betriebe — im Kampf für die Einheitsfrontaktion!

Auf eurem breiten Rücken, SA.-Proleten,

ist die Regierung Papen-Schleicher-Gayl in ihre Amtssessel geklettert,

wollen jetzt die Bankmagnaten, Trustkönige und Kartoffeljunker die neue Regierung von Hitler und Strasser über Hugenberg und Dingeldey bis Brüning und Kaas bilden!

Wollt ihr abermals euren Rücken hinhalten, damit euch neuer Lohnabbau, neuer Abbau der Unterstützungen und Renten, neuer Hunger, neues Elend aufgebürdet wird?

Macht Schluß mit den nationalsozialistischen Arbeiterbetrügern! Zum Kampf gegen die Bank- und Börsenhyänen, Schlotbarone und Brotwucherer, gegen die Hugenberg, Dingeldey, Brüning und Hitler!

Reiht euch ein in die rote Einheitsfront!

Liebauer Erwerbslose erkämpfen Brot und Kohlen

Das gemeinsame Auftreten sichert die Winterhilfe / Der Kampf geht weiter um Kartoffeln, ermäßigten Strom- und Gaspreis, sowie um Erhöhung der Unterstützung / In die Kampffront müssen alle Frauen, Jugendliche und Kinder einbezogen werden

Liebau. Durch gemeinsames Auftreten haben die Erwerbslosen von Liebau einen großen Erfolg errungen. Die Behörde mußte ihre Zustimmung zur Lieferung von verbilligtem Brot geben. Das 3½-Pfund-Brot wird für alle Unterstützungsempfänger, Klein- und Altersrentner zu 20 Pfennig abgegeben. Ferner wurde die Abgabe von Kohlen zum Selbstkostenpreis in der städtischen Gasanstalt zugesagt.

Diese Winterhilfe für die Erwerbslosen von Liebau war nur möglich, weil sie alle immer wieder in Massen ihre Forderungen erhoben hatten. Schon in einer Erwerbslosenversammlung vor vierzehn Tagen wurde ein Kampfantrag zur Winterhilfe einstimmig angenommen. Folgende Forderungen sind darin enthalten:

1. **Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützung auf den gehobenen Richtsatz um 25 Prozent.**
2. **Lieferung von verbilligtem Brot, Fleisch und Kartoffeln.**
3. **Lieferung von verbilligten Kohlen über den Rahmen der Reichskohlenkarte hinaus.**
4. **Ermäßigung der Strom- und Gaspreise sowie der Zählermiete.**
5. **Auszahlung einer doppelten Unterstützung zu Weihnachten.**

Die Forderungen nach verbilligtem Brot sowie Kohlen sind erfüllt. Die Fleischerinnung lehnte eine Senkung der Fleischpreise ab. Lediglich ein Fleischermeister war bereit, seine Waren um 10 bis 14 Prozent unter dem Preise der übrigen Fleischer zu verkaufen. Das ist ein Beweis der hohen Solidarität dieses kleinen Geschäftsmannes gegenüber den hungernden Massen. Die Kleingewerbetreibenden müssen gemeinsam mit den Erwerbslosen dafür kämpfen, daß die verbilligte Abgabe von Lebensmitteln durch den Staat getragen wird.

Die SPD. hatte in diesem Kampf um die Winterhilfe für alle Unterstützungsbedürftigen die Einrichtung einer Suppenküche vorgeschlagen. Nach ihrem Vorschlag sollten dafür Kräfte aus dem Arbeitsdienstlager eingespannt werden. In der Vergangenheit haben derartige Suppenküchen, in denen den Erwerbslosen alles, nur nichts Vernünftiges vorgesetzt wurde, keine rühmliche Rolle gespielt. Die Erwerbslosen lehnten daher den SPD.-Vorschlag ab und kämpften erfolgreich um die verbilligte Abgabe von Brot und Kohlen.

Jetzt kommt es darauf an, den Kampf gemeinsam außerhalb des Parlaments um die Erfüllung aller übrigen Forderungen weiterzuführen. Es verlautet, daß die Mittel zur Auszahlung der doppelten Weihnachtsunterstützung bereitgestellt sind. Wir sagen den Erwerbslosen, den Frauen, Jugendlichen und Kindern von Liebau ganz offen, daß das noch lange nicht die tatsächliche Ausbezahlung dieser doppelten Weihnachtsunterstützung bedeutet.

Die Auszahlung dieser Sonderbeihilfe müssen sich die Erwerbslosen durch den gemeinsamen Kampf außerhalb des Parlaments erzwingen.

Die SPD. von Liebau glaubt, für sich in Anspruch nehmen zu können, daß für die Liebauer Arbeiter bereits mehr erreicht wurde als an zahlreichen anderen Orten. Dazu erklären wir:

Nur durch die Aktivität der Anhänger der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Kommunisten, nur durch das einheitliche Auftreten aller Erwerbslosen war es möglich, einige der Forderungen durchzusetzen. Die übrigen Forderungen können ebenfalls restlos Wirklichkeit werden, wenn die Arbeiter, Frauen, Jugendlichen und Kinder von Liebau noch stärker als bisher in aller Oeffentlichkeit zeigen, daß es ihnen ernst ist um den Kampf gegen Hunger und Frost, daß es ihnen ernst ist mit dem Kampf um sofortige Oeffnung der überfüllten Lebensmittelspeicher und Kohlenhalden. Her mit Brot, Kartoffeln, Kohlen und Wohnungen, das ist der Kampfruf aller Hungernden!

Forderung der Gottesberger Notleidenden

Gottesberg. Ueber den Verlauf der Stadtverordnetensitzung, in welcher von den Faschisten-, Zentrums- und SPD.-Vertretern alle Forderungen der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion für die Notleidenden abgelehnt wurden, haben wir bereits berichtet. Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut des Antrages der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion. Es kommt jetzt darauf an, daß sich alle Notleidenden und Hilfsbedürftigen zum gemeinsamen Kampf außer dem Parlament zusammenfinden. Nur auf diesem Wege ist es möglich, die aufgestellten Forderungen durchzusetzen. Der Antrag lautet:

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion fordert in Anbetracht der unerträglichen Notlage, hervorgerufen durch die Notverordnung, für alle Hilfsbedürftigen sofortige Belieferung mit Kartoffeln und Kohle. Desgleichen die sofortige Einrichtung einer allgemeinen Speiseküche, aus welcher für alle Hilfsbedürftige ein verbilligtes Essen verabfolgt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle weiter beschließen:

Das Wassergeld wird auf Grund der großen Notlage auf 40 Pfennig pro Kubikmeter herabgesetzt.

Alle Unterstützungssätze, die unter dem allgemeinen Richtsatz stehen, werden auf diesen erhöht.

Alle Rentenempfänger, deren Rente unter dem Richtsatz der gehobenen Fürsorge stehen, erhalten eine erhöhte Unterstützung entsprechend dem Richtsatz der gehobenen Fürsorge.

Neues Theater in Freiburg

Freiburg. In der nächsten Woche kommt auf der Bühne des Kinos ein Lustspiel des Freiburger Dichters und Ehrenbürgers, Gustav Renner, „Der verlorene Sohn", zur Aufführung. Das Stück ist äußerst witzig und launig, besonders belustigend in der Herausstellung menschlicher Fehler. Die Plätze zum Preise von 20 Pfennig nehmen ein Drittel des Zuschauerraumes ein.

Worte und Taten der Sozialdemokratie!

Waldenburg. Eine Balkenüberschrift in der „Bergwacht" vom 18. November verkündet den Lesern „Sozialdemokratische Hilfsaktionen im neuen Reichstag". In sechs Paragraphen werden dem Leser Anträge für die Hilfsbedürftigen vorgesetzt. Es wird da gefordert: „zusätzliche Winterhilfe, unentgeltliche Belieferung von Brot und Kohle, verbilligtes Fleisch usw.".

Wir stellen diesen Forderungen gegenüber die Haltung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Vertretersitzungen, die sich mit kommunistischen Anträgen für die Hilfsbedürftigen zu beschäftigen haben. Zunächst einmal erkennen sie die Forderungen einer Erwerbslosen-Versammlung in Nieder-Salzbrunn in der „Bergwacht" vom 3. November an und wagen nicht, dieselben als „Agitations-Anträge" zu bezeichnen. Warum nicht? Nun, weil die Reichstagswahl vom 6. November vor der Tür stand. Nach der Wahl sieht das wesentlich anders aus. Die sozialdemokratische Mehrheit im Weißsteiner Gemeindeparlament lehnte in der Sitzung am 8. November die Anträge der kommunistischen Fraktion für die Hilfsbedürftigen ab und begnügt sich damit, bei der „Aufsichtsbehörde vorfällig" zu werden. Eine elende Hetze gegen die Kommunisten in dem Sitzungsbericht wird dann vom Stapel gelassen, nur um ihre jämmerliche Rolle im Gemeindeparlament zu verdecken und die fortschwimmenden Felle aufzuhalten.

In der Sitzung des Gemeindeparlaments von Nieder-Hermsdorf am 14. November erlaubten sich die sozialdemokratischen Vertreter die höfliche Anfrage, ob es möglich sei, den Hilfsbedürftigen eine Weihnachtsunterstützung zu gewähren. Mit der Erklärung des Vorsitzenden, daß Sonderaktionen „gesetzlich nicht gestattet" seien und die Gemeinde einige Mittel der Winterhilfe überweisen werde, gaben sich die SPD.-Vertreter voll und ganz zufrieden.

In dem Bericht von der Stadtverordnetensitzung in Gottesberg, die am 17. November stattfand und sich mit kommunistischen Anträgen für die Hilfsbedürftigen zu beschäftigen hatte, schrieb der „Bergwacht"-Berichterstatter von „Agitationsanträgen der kommunistischen Fraktion".

So sieht es also in Wirklichkeit mit dem Interesse der SPD.-Führer für die Hilfsbedürftigen aus! Ihre Anträge in den Gemeindeparlamenten wie die an den neuen Reichstag sind keine „Agitationsanträge", so werden nur kommunistische Anträge von diesen Demagogen bezeichnet. Die SPD.-Führer rechnen mit der Vergeßlichkeit ihrer Leser. Immer mehr Arbeiter erkennen aber die Doppelzüngigkeit sozialdemokratischer Führer und werfen die „Dreckwacht" hoch im Bogen zur Tür hinaus und bestellen die „Arbeiter-Zeitung".

Erwerbslose, den Kampf um ausreichende Winterhilfe könnt ihr nur außerparlamentarisch erfolgreich führen. Kämpft deshalb in der Einheitsfrontaktion für höhere Unterstützungen und ausreichende Winterhilfe, für Brot, Kartoffeln und Wohnungen.

Sievers-Freidenker schachert mit Tannenberg-Bund

Schweidnitz. Nachdem der Deutsche Freidenker-Verband unter seinem „Führer" Sievers eine Sektion der bürgerlichen Freidenker-Union geworden ist, hat man immer offener das wahre Gesicht enthüllt: d. h. Wegbereiter der Reaktion und des Faschismus zu werden! Die hiesige Ortsgruppe des Sievers-Verbandes hütet sich allerorts, als „marxistisch" und „sozialistisch" aufzufallen. Doch geht der Vorsitzende noch weiter. Er war als „eingeführter Gast" in einer Versammlung des Tannenbergbundes (am 21. November). Dort fand er in der Diskussion ein wohlwollendes Entgegenkommen der „Herren und Damen" (Offiziere, Reaktionäre, Monarchisten). Er gab sogar zu erkennen, daß im gewissen Sinne ein Zusammenarbeiten des Deutschen Freidenker-Verbandes mit dem Tannenbergbunde, in bezug als „Freidenker und Revolutionäre" möglich sein kann. Vom Vorstand des Tannenbergbundes erhielt Herkner sogar Material zu einer später stattfindenden Aussprache. Ein bürgerlicher Gast wies darauf hin, daß es doch zwei Freidenker-Gruppen gäbe. Da fand Herkner kein Wort im Sinne des marxistischen Klassenkampfes; er meinte nur, die „andern" sei die Moskauer Richtung, und nun seien diese Freidenker ja durch Notverordnung verboten. Aber im DFV. sind Freidenker aller Parteien willkommen.

Mitglieder des Sievers-Verbandes! Hier habt ihr wieder einen Beweis des Klassenverrates eines Freidenkers von Sievers Gnaden! Führt den Kampf auf revolutionärer Basis! Verstärkt die Opposition in eurer Ortsgruppe! Gebt zu erkennen, daß ihr gewillt seid, im Sinne des internationalen Klassenkampfes, gegen politische und Kulturreaktion tätig zu sein! Führt euren Kampf gegen den Verrat solcher „Sozialisten"!

Diphtherie fordert in Rothenbach sechs Todesopfer

Rothenbach, Kreis Landeshut. Die Diphtherieerkrankungen in Rothenbach dauern nun schon seit einigen Wochen an. Trotz der langen Zeit ist kein Rückgang, sondern im Gegenteil ein Zunehmen an Erkrankungen eingetreten. In Rothenbach allein sind sechs Todesopfer zu verzeichnen.

Diese Meldung zeigt erneut, wie ungeheuer groß das Elend der Werktätigen ist, das besonders die proletarischen Kinder betrifft. Zu dem Hunger und Frost kommen noch allerlei Seuchen. Hunger, Frost und Seuche, das alles bringt die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die ihre Arbeiter nicht mehr ernähren kann und hungern läßt, mit sich. Im Kampf gegen Hunger, Frost und Seuchen müssen sich alle Werktätigen zusammenfinden. Will die Arbeiterklasse leben, dann muß sie zur Einheitsaktion, selbst um die kleinste Tagesforderung, schreiten. In diesem Kampfe muß vor allem das proletarische Kind, das der Verelendung besonders preisgegeben ist, einbezogen werden. Jedes Arbeiterkind kämpft mit den Jungpionieren um Brot und Arbeit für die Eltern und damit für sich selbst.

Der Namslauer SPD.-Vorsitzende und Magistratsmitglied unter der Lupe

(Arbeiterkorrespondenz)

Namslau. Die Taten des hiesigen SPD.-Vorsitzenden, der zugleich Magistratsmitglied ist, müssen endlich einmal der Oeffentlichkeit bekannt werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter können daraus ersehen, daß in der SPD. alles, was den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht, möglich ist. Der genannte SPD.-Vorsitzende kann in den Versammlungen nie genug über den Achtstundentag und das Elend der Arbeiter sprechen. Jetzt arbeitet derselbe auf einer Straße, die ausgebessert wurde. Hier konnte er mit 80 Stunden in der Woche noch nicht genug bekommen. Er hätte noch länger gearbeitet, wenn ihm die Arbeiter nicht auf die Pelle gerückt wären. Für die Arbeit wurden pro Stunde ganze 45 Pfennige bezahlt. Der SPD.-Vorsitzende, der zugleich Magistratsmitglied ist, arbeitete zu diesem Hungerlohn bedingungslos und hätte das wahrscheinlich auch bei 20 Pfennig getan. Der Betreffende ist zugleich „Berichterstatter" des sozialdemokratischen „Volksfreunds". Hat sich mal ein hungernder Arbeiter, der eine große Schaar nach Brot schreiender Kinder hat, vom Felde einen Hasen mitgenommen und kommt deshalb vor den Kadi, so wird das von diesem sauberen SPD.-Vorsitzenden im „Volksfreund" recht groß ausgeschlachtet.

An all diesen Dingen müssen vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen, daß die Worte und Taten in der SPD. zwei ganz verschiedene Dinge sind. Arbeiter, macht Schluß mit dem „Volksfreund", der kein Wort für die Not der Aermsten der Armen übrig hat. Lest die „Arbeiter-Zeitung"! Kämpft Schulter an Schulter mit den kommunistischen Arbeitern um Brot, Kartoffeln und Kohle für den Winter. Nur im gemeinsamen Kampf in der roten Front kann eine Arbeiter- und Bauernrepublik, kann der Sozialismus, der allen Befreiung bringt, erkämpft werden.

Dreißig Entlassungen in der Porzellanfabrik Tielsch

Wie die Gewerkschaftsbürokratie den Lohnraubplan Papens praktisch und positiv unterstützt

(Arbeiterkorrespondenz)

Waldenburg. Vor einigen Wochen hat die Direktion mit Unterstützung des Kühn 130 Arbeiter eingestellt. Jetzt sollen, da der Neubau fertig ist, schon wieder 30 oder noch mehr entlassen werden. Was will die Direktion eigentlich mit diesen dauernden Neueinstellungen und Entlassungen erreichen? Zunächst will sie die 400-Mark-Prämie, die sie pro Kopf und Jahr auf jeden Neueingestellten erhält, einstecken. Darüber hinaus will sie die Arbeiter durch den dauernden Wechsel der Belegschaft um Lohn und Urlaub bringen. Ein großer Teil langjährig Beschäftigter wird hinausgeworfen und dafür neue, möglichst jugendliche, Arbeiter bzw. Arbeiterinnen eingestellt. Dadurch, daß diese Neueingestellten ein Vierteljahr lang nach der Lohntafel A entlohnt werden und keinen oder nur einen geringfügigen Urlaub erhalten, spart die Firma eine schöne Summe Geld.

Durch die Arbeitszeitbeschränkung ist der Lohn der Kolleginnen und Kollegen sehr erheblich gekürzt worden. Dem haben die Kühn, Lisson zugestimmt. Sie haben aber gleichzeitig zugestimmt, daß dem Unternehmer aus öffentlichen Mitteln pro Mann jährlich 400 Mark in die Tasche fließen, das sind bei 100 Arbeitern 40 000 Mark jährlich. Durch dieses Verhalten wurde die Lebenshaltung der Arbeiter heruntergedrückt und die Unternehmer bereichert. Die „Bergwacht", der Keramische Bund usw. tobten und schrien nach „Kampf gegen die Regierung der Barone". Das war aber nur ein Scheinkampf, eine üble Spiegelfechterei. Wollten diese Heuchler wirklich gegen Papen und seine Lohnraubpläne kämpfen, so müßten sie überall, wo auch nur der Versuch gemacht wird, den Unternehmern auf Kosten der Arbeiter aus der Patsche zu helfen, mit den schärfsten Mitteln entgegentreten. Wie sagten doch die Herren Leipart und Tarnow vom ADGB. auf der Berliner Gewerkschaftskonferenz des ADGB.?:

„Wir wollen das Wirtschaftsprogramm der Regierung nicht von vornherein ablehnen, sondern wir wollen ihm eine Chance geben."

Herr von Papen bedankte sich dafür recht herzlich und sprach die Hoffnung aus, daß die Gewerkschaften nicht nur wohlwollender zusehen möchten, sondern aktiv an der Durchführung seiner Pläne mithelfen sollen. Indem die Gewerkschaften aber alles tun, um die Arbeiter von einem Kampf gegen die Notverordnungspolitik, die ihnen den Lohn raubt und neue Lasten aufdrückt, abzuhalten, und dort, wo solche Kämpfe trotzdem ausbrechen (siehe Berliner Verkehrsarbeiterstreik), sie in der gemeinsten Weise zusammen mit der Polizei und den Unternehmern abwürgt, unterstützten sie praktisch und positiv die Papen-Regierung. Wir glauben, daß die Kolleginnen und Kollegen, die in den Gewerkschaften sind, diese Dinge gleichfalls sehen. Wollen sie durch Stillschweigen den Gewerkschaftsbonzen die Möglichkeit geben, zu behaupten, daß die Mitgliedschaft der freien Gewerkschaften einverstanden ist, daß diese Schandpolitik gebilligt wird? Wir glauben nicht, daß das der Wille der Gewerkschaftsmitglieder ist! Die RGO. ist die einzige Kraft, die sich für den Kampf gegen den dauernden Lohnraub einsetzt, die diesen Kampf ernsthaft organisiert und zu führen bereit ist.

Kollegen und Kolleginnen von Tielsch, auch nachdem Papen auf Grund des Widerstandes der Arbeitermassen in den Betrieben gehen mußte, wird dessen Lohnraubplan weiter durchgeführt. Es droht eine faschistische Regierung, die Arbeiterklasse ihrer letzten Existenzmöglichkeiten zu berauben. Dagegen heißt es Front machen. Ein zweiter 21. Juli darf nicht wiederkehren. Darum schmiedet in eurem Betrieb die Einheitsfront. Schafft eine Gruppe der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, um sofort jeden Angriff niederschlagen zu können.

Görlitz
Möbel Ernst Boden
Görlitz, Peterstr. 16
M. & F. Weißhaar
Damenhüte
Görlitz, Landeshuterstraße

D Führer „Der Weg zum Kunden“ im Erscheinungsgebiet von Görlitz u. Waldenburg

Görlitz

8 Prozent Rabatt in Marken 9277
Joh. Müller
Neißstraße 17
Lebensmittel

H. Zippel
Brautwiesenstr. 24
Textilwaren
Arbeiter-Bekleidung
9272

G. Menzel
Roßschlächterei
Apothekergasse 3
9269

Otto Thiele
Lebensmittel
Nikolaigraben 10
9270

W. Melzer
Hohestraße 11
Fleisch- und Wurstwaren
9271

E. Elger Schleiferei u. Stahlwaren
Blumenstraße 60
9274

Endstation Schweizerhaus Loschwitz
empfiehlt seine Lokalitäten
Großer Saal 9275
Max Lange und Frau

Theodor Dürsel
9276 Obermarkt 2
Fahrräder und Ersatzteile

Reserviert
9273

Die bevorzugten
Rüdiger-Gaststätten
Berliner Straße 32
9268 Brüderstraße 1
bieten jedem das Beste

Reserviert
9884

Hermann Strobach Dresdener Platz 6 Textilwaren, Reste 9887

Möbel-Popig
Mittelstraße 8
9883

Lebensmittel und Kohlen
R. Hönisch
Peterstraße 6 9888

Hermann Körner
Bäckerei
Hotherstr. 1
9545

„Goldener Löwe“
Nikolaigraben 15
9596

Trabs-Optik
9923 Lieferant aller Kassen
Radio z. Teilzahl.
Straßburg-Passage

Maske & Co., Mittelstr. 5
Schuhwaren 6 Prozent blaue Marken
9633

Paul Hoffmann
Dresdener Platz 12
Wäsche
6% blaue Marken
9480

Artur Kuhn
Leipziger Str. 23
Lebensmittel
9490

M. Werthe
Rauschwalderstr. 58
Fleisch- und Wurstwaren
9491

Lebensmittel-Geschäft
Alfred Lorenz
Kränzelstraße 3
9486

Fritz Hoffmann
Lunitz 19
Lebensmittel
9484

Kolonialwaren
Molkerei-Erzeugnisse
Erhard Hirche
Prager Straße 24
9483

Lebensmittel
Backwaren
Bruno Müllrich
Kl. Wallstraße 17
9478

Artur Schmidt
Bäckerei
Seitenbergerstr. 1
9492

Walter Kriegel
Bogstraße 2
ff. Fleisch- und Wurstwaren
9481

Fritz Sauermann
Hohestraße 34
Fleisch- und Wurstwaren
9485

Fleisch- und Wurstwaren
Jos. Hünermund
Lutherstraße 20
9489

Reserviert
9479

Wilhelm Tamm
Holz- und 9924
Kohlenhandlung
Bautzener Str. 42

Max Ratsch, Berliner Str. 21
Kinderwagen
Korbmöbel — Korbwaren
9482

Reserviert
9489

Richard Bauer
9602 Tabakwaren
Demianiplatz 20, Berliner Straße 32

Erich Kleinert
Prager Str. 6
Lebensmittel
9354

Reserviert
9365

R. Hüttig
Breitestraße 22
9363 Fleisch- und Wurstwaren

Werner Arnold
Klosterstraße 3
Margarine, Butter, Eier, Käse u. div. Lebensmittel
9362

Reserviert
9358

Geschw. Ullrich, Lutherstraße 27
Größtes Geschäftshaus der Südstadt für Kurtz-, Weiß- u. Wollwaren
Gute Qualitäten, niedrige Preise
Größte Auswahl 9359

Domenhut-Lager
30 Jacobstraße 30
Größte Auswahl
Niedrigste Preise
30000

Trinkt
Dresdener Waldschlößchen-Biere
9922

Paul Strobach Luisenstraße 10 9357
Radio-Elektro, Ankerwickelei

Landskron Bier
IMMER EIN GENUSS
9179

Kauft in der Kosa Schokoladen-fabrik
Verkaufsstellen in Strehlen, Goldberg, Lüben, Haynau, Löwenberg, Glogau, Penzig, Fraustadt,
9623 Crossen, Sommerfeld, Sagan, Sprottau, Niesky

Gustav Wolsch
Jauernicker Straße 21 und Elisabeth-Platz Stand 3
ff. Fleisch- und Wurstwaren
9183

Alfred Döring
Lebensmittel
Steinweg 39
9926

Milch — Butter
E. Kunau
Hotherstraße 13
9928

Paul Rother
Fleischerei
Dresdner Straße 6
9925

Hayl'sche Güterverwaltung G.m.b.H.
an der Frauenkirche 8-9
9356 Fleisch- und Wurstwaren

Gelegenheitskäufe 9929
jetzt Berliner Straße 26
Strümpfe, Wäsche, Herrenartikel
Wollwaren, Konfektion gut und billig

9180
Optik Foto
Augengläser
Alfred Lünig, Diplom-Optiker
Berliner Straße 5

Destillation / Weinhandlung
F. Usemann
Weberstraße 10 9181

Reserviert
9185

Fritz Lange, Roßfleischerei
Nonnenstraße 5 9184

Reserviert
9182

Klingenberg-Kaffee
9882 Immer die führende Qualität

Reichs-Apotheke
Moltkestraße 9
Sie sparen viel Geld bei Ihren Einkäufen
Versicherte aller Krankenkassen erhalten weitgehendstes Entgegenkommen 9355

Paul Walter, Molkerei
Sohrstraße 4
9573

Ernst Seidel, Demianiplatz 19/20
9361 Nähmaschinen, Fahrräder

Willi Hilbig
Kohlenhandlung
Jüdenring 1
9575

Zoologische Handlung
Willy Guder
Brüderstr. 3
9576

Wilhelm Wagner
Südfrüchte und Weine
Bogstraße 16
9577

G. Sitaras
Nikolaistr. 11
Prager Str. 3
Molkereiprodukte
Lebensmittel
9580

Fritz Schreier
Fleischerei
Nikolaistraße 9
9574

C. Wachtel 9612
Lebensmittel
Rauschwald. Str. 9

Akku-Adler
Elisabethstraße 19
Radio-Apparate
Akkumulatoren
9611

P. Herzmann
Bautzener Str. 51
Weiß-, Brot- u. Feinbäckerei
9609

Paul Röhle
Fischgeschäft
Landskronstr. 15
9607

H. Sauer
Kolonialwaren
Lebensmittel
Handwerk 9
9608

Reserviert
9606

Max Haubold
Langenstraße 28
9605 Milch
Käse, Eier

Brot- und Feinbäckerei
Oskar Bärsch
Hohestr. 13 9604

Reserviert
9601

Milch und Molkereiprodukte
O. Wiemer
Langestr. 5
9487

Möbelfabrik u. Magazin 9761
Wilhelm Fiebig Cristoph-Lüderstr 46

Reserviert
9764

Bäckerei 9760
Schulze
Lutherstraße 50

Fritz Schulze
Feinbäckerei
Rauschwalderstr. 13
9763

Trikotagen, Weiß- und Wollwaren
V. Preuß 9767
Sechs-Städte-Pl. 14

Preiswerte Backwaren
Bäckerei
H. Tinzmann
Brautwiesenplatz 2
9762

Hotel Strauß
Salomonstraße 16
Restaurant
Tanzlokal
9766 Steinbierhalle

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Karl Kloss 9577
Hotherstr. 29
6 Prozent blaue Rabattmark.

Reserviert
9765

Prager's Destillation
Steinstraße 9581

Butter-Handlung Künella
9582

Erich Pohl, Klosterplatz 3
Feine Fleisch- u. Wurstwaren
9579

Eduard Worm, Nikolaigraben 4
Alle Sorten Wäsche
Schnitt- und Wollwaren
Blaue Rabattmarken 9578

Görlitz

B. Bessert, Destillation
9360 Landskronstraße 26

Niesky

Bruno Geisler 9759
Fahrräder, Nähmaschinen, Radio und sämtl. Ersatzteile

Kauft bei W. Menzel
Muskauer Straße 9751

Kantine M. Petschel
Kolonial- u. Tabakwaren 9752

Mohren-Drogerie
Drogen · Farben · Foto
9753

Wilhelm Liebig, Muskauer Straße 2 9754
ff Fleisch- und Wurstwaren

Stern-Drogerie
Drogen, Farben, Foto
Horkaer Straße 1 9755

H. Jähne 9758
Fleisch- und Wurstwaren
Hindenburgstraße

Reserviert B.
9756

Gasthof „Zum Anker“
(Johanna Lux)
empfiehlt seine Lokalitäten
9757

Penzig OL.

Reserviert
9596

Penziger Lichtspiele
9597

Reserviert
9595

Reserviert
9594

Willi Pursche
Bäckerei
Wilhelmstraße 27
9598

C. Berndt
Stets frische Molkereiprodukte
Wilhelmstraße 9
9599

Papier- und Schreibwaren
P. Meister
9600 Friedrichstr. 8

Schweidnitz

Schwert-Drogerie
Lang-, Ecke Weite
Kirchstraße 3
Spezial-Kräuterhaus

Zentral-Drogerie
Bögenstraße Nr. 3
Farben, Lacke, Pinsel
9937

Kauft Schuhe bei 9938
Groß, Ring 16

Ernst Fuchs
Inhaber Kurt Nothenberg
Lang-, Ecke Croischstraße
5 Prozent Rabatt 9939

Deckt euren Bedarf an Fischwaren in der
Wesermünder Fischhalle
Langstraße 12 9940

Sind Deine Schuh' entzwei lauf' nur zur Schnellbesohlerei
Georg Adolph, Peterstr. 9
gut und billig 9941

Billige Gelegenheitskäufe
Pfandleihgeschäft B. Janowsky
Bahnhofstraße 21 9942

Billigste Bezugsquelle für Spirituosen und Weine 9943
Berthold Wittmann, Burgstraße 8

Herbert Kunze, Reichenbacher Straße 8
Schnittwaren 9944
Trikotagen, Bett- und Leibwäsche

Reell und billig 9945
Kaufhaus Leopold Prager

Größtes Lager in Hüten, Mützen
Wilhelm Dreyfuß, Hohstraße 2
9946

Sohlenausschnitt und 30004
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Robert Herda, Hohstraße 12

Ober-Salzbrunn

Julius Just, Fürstensteiner Straße 16 9715
Die Einkaufsquelle der Werktätigen

Friedland

Kolonialwaren — Tabake
Inh. Else Jüptner
9695 Untere Steinestraße 18

Heinrich Herzig, Lebensmittel
Schweidnitzer Straße 31-32
9702 Filiale: Untere Steinerstraße 3

Brot- und Feinbäckerei 9701
Hermann Wagner, Brauberg 5

ff Fleisch- u. Wurstwaren
9710 Robert Langer
Rest. „Zum grünen Baum“, Ring 21

Gustav Müller, Bäckerei
9691 Landeshuter Straße 14

9692 Café, Bäckerei und Konditorei
Max Bachmann, Braunauer Str. 28
Filiale Café Berry 9692

Bäckerei Paul Meier
9694 Untere Steinestraße Nr. 1

Möbelhaus Fritz Schubert
Obere Steinestraße 3 — Teilzahlung gestattet — Lieferung frei Haus 9696

ff. Fleisch- und Wurstwaren 9697
Josef Herrmann Obersteiner Straße 15

Konfektion, Kleiderstoffe, Strümpfe u. Trikotagen immer billig im 9699
Central-Kaufhaus, Braunauer Str. 32

Milch, Butter, Käse, 1a Weißkäse, Sahnekäse
Eier, sowie sämtliche Molkereiprodukte
zu niedrigsten Preisen 9700
Karl Ludewig Molkerei Fried. und
Schweidnitzer Str. 26 u. Ring Unterlaube

Wäschehaus Wilhelm Vogt
empfiehlt: Liebigstraße 7.
Leinen, Baumwollwaren aller Art
Versand nach allen Orten. Preisliste und Muster gratis. 9698

Blumenau

„Wiesenmühle“
empfiehlt seine Lokalitäten zu Veranstaltungen — Jeden Sonntag Tanz
9568

Weißstein

Besucht die
Schauburg Weißstein
Kronenspiele Altwasser
9782

Möbelhaus Ernst Giersch 9769

W. Lachnit, Hartauer Weg 3
9771 Kolonialwaren, Feinkost

Radiohaus Ernst Rother 9772
Hauptstraße 168 — Tel. 952

Heinrich Opitz, Hauptstraße 168
Brot- und Feinbäckerei 9773

Warenhaus Max Olbrich 9775

W. Christ Schuh- u. Lederhandlung
Hauptstraße 128 9776

Hugo Müller, i. Fa. Otte Kuttig 9777
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel und Spirituosen, Hauptstraße 72

Fleisch- u. Wurstwaren 9778
Oswald Jakobowsky, Hauptstr. 14

Brot- und Feinbäckerei 9779
Alons Mummert, Hauptstraße 27

Warenhaus Willi Jilge
Haltestelle Gemeindemühle 9780

Brot- und Feinbäckerei 9783
Karl Buschmann, Hauptstraße 62

Hochwald-Apotheke
Hauptstraße 147 9784

Fleisch- u. Wurstwaren 9785
E. Wendler, Konradsthaler Straße 22

Brot- und Feinbäckerei 9786
Oswald Wieland, Konradsthaler Str.

Sächsisches
Wollwaren-Haus
Hauptstraße 113
9781

Molkereiprodukte 9790
Lebensmittel
Bruno Neldner
Salzbrunner Str. 33

Lebensmittelhaus
A. Blisniok
9774 Hauptstr. 146
Konradsthaler Str.

Gottesberg

Trinkt Milch aus der Gottesberger Molkerei Schützenstraße 8 9859

Arbeiter, kauft eure Kolonialwaren bei Paul Feige 9860
Gottesberg, Friedland, Fellhammer

Fleischerei G. Schüller, Heidstr. 13
und Ober-Hermsdorfer Straße 10 9862

Alfons Grammel
Fürstensteiner Str. 14
Kolonialwaren 9657
und Spirituosen

Kauft eure Schuhe und Rauchwaren nur bei Leonhardt
Fürstensteiner Straße 38 9856

Brot- und Feinbäckerei
Otto Riebeth
9861 Heidstr. 6

Halbau

9872
Schloßhalle
Eigene Erzeugnisse der Gärtnerei u. Landwirtschaft

Bäckerei u. Konditorei
Richard Lehmann
Markt 13 9873

Saarau

Kauft am Platze!
9935

Molkerei Saarau
empfiehlt Milch und Molkereiprodukte 9936

Wüstegiersdorf

Löwen-Drogerie 9566
Inh. Alfred Urban, Hauptstr. 15

Schuhhaus Eduard Scholz
9564 Hauptstraße Nr. 45

Lebensmittelhaus Paul Lange
9569 Blumenau, Hauptstr. 28

Josef Tabeling Bahnhofsweg 1
9567 Fahr- u. Motorräder · Radio

Ernst Teichmann, Hauptstr. 1
Kleiderstoffe / Bettwäsche / Haus- und Küchenwäsche / Trikotagen
Bei Barzahlung 5 Prozent Rabatt 9565

Nieder-Hermsdorf

Emil Bunzel, Gottesberger Str. 16
9847 Kolonialwaren, Spirituosen

Oskar Blase, Gottesberger Str. 25
Brot- und Feinbäckerei 9848

Bäckerei und Konditorei 9849
Johannes Bräuer, Gottesberg. Straße 19

Herbert Schäfer 9851
Glückaufstraße 21

Besucht das 9852
Flora-Bassin
Mittwochs u. Sonntags Dielenbetrieb

Sandberg

Sandberg-Drogerie u. Fotohandlung
9853 Kurt Lieske, Waldenburg. Str. 22

Reserviert 99 9855

Lebensmittel, Schnittwaren und Wirtschaftsartikel 9856
Fritz Tschersich, Waldenburg. Str. 17

Kolonialwaren
Hubert Behler
Waldenburg Str. 9
9854

Ober-Waldenburg

Kaufhaus Drescher
9620

Hermann Kroppenstedt
Spezialgeschäft für Molkerei-Produkte 9623
Friedländer Straße 6

Waldenburg-Altwasser

Brot- u. Feinbäckerei 9724
August Boxhammer, Breslauer Str. 8

Alfred Röhnisch Breslauer Straße 57 9725
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel

Obst — Gemüse 9726
M. Lobers, Breslauer Str. 32

Gasthof „Zum weißen Roß“
empfiehlt seine Lokalitäten 9727

Herren- und Damen-Frisier-Salon
Paul Bartsch, Charlottenbr. Str. 57
9728

Waldenburg

Konfektions-Haus Max Silbermann
Herren- und Knaben-Bekleidung
Weinrichstraße 17 9571

Billig und gut kaufen Sie im
Kaufhaus Max Holzer
Friedländer Straße 10 9572

Sophienau

Kolonialwaren 9561
Alfred Steinberg, Hauptstr. 22

Kolonialwaren, Haus- und Küchengeräte 9562
Textil- und Schuhwaren
Max Hernke, Lehmwasser Straße 3

Brot- und Feinbäckerei 9563
Wilhelm Hoffmann, Bahnhofstr.

Dittersbach

Brot- und Feinbäckerei
Oswald Gillner
Hauptstraße 159
9622

Fleisch- und Wurstwaren
Wilh. Herrmann, Hauptstr. 64
9621

Den streikbrecherischen Gesamtverbandsführern zur Antwort!

Ihre neue Resolution gegen die Berliner Verkehrsarbeiter muß den Massensturm verstärken

Der Verbandsbeirat des Gesamtverbandes hat am 20. November in Berlin getagt. Die versammelten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und die ihnen ergebenen Betriebsräte usw. haben eine unerhörte Resolution gegen die Berliner Verkehrsarbeiter angenommen. In der Resolution wird die Haltung der streikbrecherischen Leitung des Gesamtverbandes gebilligt, es wird gesagt, der Streik sei „von den Kommunisten und Nationalsozialisten unmittelbar vor der Reichstagswahl provoziert und zu einem politischen Wahlmanöver mißbraucht" worden. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die durch ihren organisierten Streikbruch den Sieg der Verkehrsarbeiter verhindert und die Maßregelung von 2500 Verkehrsarbeitern verschuldet haben, wagen zu schreiben, daß die Kommunisten für die Opfer verantwortlich seien. Ja, die sozialdemokratischen Streikbruchorganisatoren erklären noch, daß sie bemüht seien, die Gemaßregelten „wieder in Lohn und Brot zu bringen." Das behaupten dieselben sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die im Aufsichtsrat der BVG. den Antrag der Kommunisten, alle Gemaßregelten wieder einzustellen, ablehnten und so zu Fall brachten.

Die infame Resolution des Beirats des Gesamtverbandes wird die Empörung in den Massen der proletarisch denkenden SPD.-Arbeiter nur noch steigern. Schon jetzt ist die Empörung unbeschreiblich. Sogar in der Versammlung der Berliner Funktionäre des Gesamtverbandes vom 14. November gab es schwere Zusammenstöße. Ortmann von der Ortsverwaltung referierte und gab zu, daß der 2-Pfennig-Lohnabbau auf Grund der Papenschen Notverordnung erfolgt sei und erklärte wörtlich:

„Der Ausfall der Urabstimmung war mir nicht angenehm, auch konnte ich den Streik nicht führen, da ich ehrenamtlich Mitglied des Magistrats bin."

Dieses skandalöse Geständnis muß in ganz Deutschland bekannt werden. Weil er, Ortmann, im Koalitionsmagistrat mit der Bourgeoisie sitzt, weil er mitverantwortlich für den Lohnabbau ist, — der Magistrat hat bekanntlich keinen Widerspruch gegen den Lohnabbau erhoben — darum erwürgte er den Streik.

Ortmann wurde fast nach jedem zweiten Satz durch Widerspruch unterbrochen. In der Diskussion erklärte der SPD.-Funktionär König:

„Hätten die SPD.-Mitglieder im Magistrat mit der KPD. für die Wiedereinstellung der 2500 gestimmt, so wären sie heute noch drin. (Laute Rufe: Bravo! Bravo!)"

Untere Funktionäre brandmarken das Verbrechen der Führer des Gesamtverbandes.

Die Empörung auch in den Reihen der bisherigen SPD.-Arbeiter ist so groß, daß SPD.-Zeitungen dieser Stimmung Rechnung tragen müssen. Sie versuchen, die rebellierenden SPD.-Arbeiter vom Linksabmarsch zurückzuhalten, indem sie bestimmte Eingeständnisse machen und versprechen, daß in Zukunft die Interessen der Arbeiter vertreten würden. Diese Versprechungen sind verloren, aber die Eingeständnisse müssen festgehalten werden. So schreibt die sozialdemokratische Chemnitzer „Volksstimme" am 19. November:

„Im eigentlichen Sinne des Wortes „stimmberechtigt" konnten nur die freigewerkschaftlich organisierten Belegschaftsangehörigen sein; hatte man aber einmal die Gesamtbelegschaft entscheiden lassen, so bestand keine Veranlassung, zu den „Stimmberechtigten" jene Belegschaftsangehörigen hinzuzuzählen, die durch ihr Fernbleiben von der Abstimmung die anderen hatten für sich entscheiden lassen. Eine Streikmehrheit war bei sinngemäßer Anwendung der satzungsmäßigen Vorschriften auf die satzungswidrige Abstimmung in Wirklichkeit erreicht. Der Gesamtverband hat sie bestritten und die Proklamierung des Streiks abgelehnt. Er hat sich, nachdem die Gesamtbelegschaft in den Streik getreten war und damit den Streikbeschluß offenkundig gebilligt hatte, völlig ausgeschaltet. Und daß die gewerkschaftliche Organisation einen von der überwältigenden Mehrheit der Belegschaft beschlossenen und von allen durchgeführten Streik schon zu einem Zeitpunkt glaubte links liegen lassen zu können, da ihr noch kein verbindlich erklärter Schiedsspruch die Arme gebunden hatte, hat weder ihr Ansehen noch die Anziehungskraft der Sozialdemokratie auf die Wähler zu heben vermocht. Dabei muß allerdings der gerechten Würdigung halber berücksichtigt werden, daß die maßgebenden Instanzen der Gewerkschaftsbewegung in die Führung des Kampfes nicht eingreifen konnten, weil ihre führenden Männer, allesamt im Wahlkampf in Anspruch genommen, in die Berliner Vorgänge gar keinen Einblick hatten."

Diese zurückhaltenden Feststellungen sind nichtsdestoweniger eine vernichtende Anklage gegen die Streikbrecher im Vorstand des Gesamtverbandes. Die Entschuldigung, daß diese Führer, weil sie auf Wahlpropaganda für die SPD. waren, sich um die Notlage der Berliner Verkehrsarbeiter gar nicht kümmern konnten, ist in den Augen aller kampfbereiten Arbeiter nur eine weitere schwere Anklage.

Die sozialdemokratische „Volksstimme" verspricht nun:

„Nie und nimmer darf eine gewerkschaftliche Organisation, will sie nicht ihre eigenen Tragpfeiler untergraben, auf jemand anderen (sei es nun „der Staat", „die Wirtschaft" oder „die Gemeinde") Rücksicht nehmen, als auf die Arbeiterschaft, deren Interessen sie zu vertreten hat."

Diesem Versprechen darf kein Funken Vertrauen geschenkt werden. Aber es enthält gleichzeitig das Eingeständnis, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Berliner Verkehrsarbeiter verraten haben, weil sie Rücksicht auf die kapitalistische Gesellschaft nahmen.

Die neue Resolution des Beirats des Gesamtverbandes zeigt, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer diesen Kurs verschärft fortsetzen wollen. Um dem Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung „eine Chance zu geben," haben die Führer des Gesamtverbandes die Streikfront der Berliner und Hamburger Verkehrsarbeiter erdolcht. Diese Gewerkschaftsführer sind bereit, jede faschistische Regierung zu unterstützen, ihre Resolution ist ein ausgesprochen faschistisches Dokument.

Aber von unten her muß sich ein Massensturm gegen diesen Kurs erheben. Es darf keine Versammlung des Gesamtverbandes, keine Gewerkschaftsversammlung überhaupt geben, in der nicht gegen den infamen Streikverrat der SPD.-Führer Sturm gelaufen würde. Rechnet überall ab mit den Streikbruch-Organisatoren! Kämpft in den Gewerkschaften um jede Funktion! Stellt überall die kämpfende Einheitsfront aller Arbeiter her, damit es in den kommenden schweren Kämpfen gelingt, die Streikbruch-Aktionen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer abzuwehren. Darum, nehmt Stellung in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, in jeder Gewerkschaft! Vereinigt euch zum Kampf gegen Hunger und Faschismus!

SPD. mißbraucht Erwerbslosennot zu frecher Parlamentskomödie

Die sozialdemokratische Breslauer „Volkswacht" veröffentlichte am 18. November zwei Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, welche eine besondere Winterhilfe für die Erwerbslosen fordert und schreibt dazu:

„Die beiden Gesetzentwürfe entsprechen im wesentlichen dem, was die Fraktion schon im vorigen Reichstag gefordert hatte. Die sofortige Aufstellung dieser Forderungen im neuen Reichstag beweist, daß die Sozialdemokratie im Kampf um die Verbesserung der Lage Hilfsbedürftiger nach wie vor in erster Reihe steht."

Jedes Wort dieser Sätze ist eine Lüge. Die Arbeitslosen haben noch nicht vergessen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bis zum Frühjahr dieses Jahres jede Sonderunterstützung der Arbeitslosen — so oft sie auch von den Kommunisten beantragt war — abgelehnt hat. Die letzte Gelegenheit war unter der Regierung Brüning, wo wir Kommunisten konkrete Anträge auf Lieferung von Brot, Fleisch und Kartoffeln an die Arbeitslosen (neben der Barunterstützung) gestellt hatten — da traten die sozialdemokratischen Abgeordneten Hertz, Keil und andere auf, um in Unterstützung der Brüning-Diktatur zu „beweisen", daß diese kommunistischen Anträge ganz und gar „undurchführbar" und „utopisch" seien. Fast wörtlich dieselben Anträge, welche die SPD. damals aufs schärfste bekämpfte, stellt jetzt die SPD.-Fraktion als ihre eigenen auf!

So oft die kommunistische Reichstagsfraktion Anträge für die Arbeitslosen stellte, hat die KPD. den erwerbslosen Massen offen und ehrlich gesagt: nicht im Parlament werden diese Anträge durchgekämpft werden können, sondern nur durch die außerparlamentarische Massenaktion. In zahlreichen Orten haben denn auch die Arbeitslosen durch ihre Massenaktionen die Bereitstellung solcher Sonderbeihilfen erreicht, auch in diesem Jahre. Aber die SPD. findet kein Wort des Aufrufs an die Erwerbslosen; sie will um alles in der Welt keinen außerparlamentarischen Massenkampf. Sie fordert nicht einmal, was doch nahe liegen würde, die Gewerkschaften auf, sich für die Durchsetzung der sozialdemokratischen Arbeitslosenanträge einzusetzen. Sie will ja auch nichts anderes als ein parlamentarisches Manöver zur Täuschung der Arbeitslosenmassen!

Die sozialdemokratischen Mitglieder des kommissarischen Kreisausschusses Breslau-Land haben ebenfalls ein solches Manöver zur Täuschung der arbeitslosen Massen eingeleitet. Die „Volkswacht" vom 23. November bringt einen Antrag, wonach eine Weihnachtsunterstützung für die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner gewährt werden soll. Der schwindende Einfluß der Sozialdemokratischen Partei bei den Massen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen zwingt die Führer zu solchen parlamentarischen Manövern. Die Sozialhilfsbedürftigen des Kreises Breslau-Land dürfen sich keiner Illusion hingeben, sie müssen in der roten Einheitsfront kämpfen für eine wirkliche Winterhilfe, wie sie die Kommunisten in ihren Anträgen im Reichs- und Landtage gefordert haben.

Die Freiburger Uhrenindustrie vollständig stillgelegt

Alle Uhrenfabrikarbeiter auf der Straße — Will die Arbeiterklasse leben, muß der Kapitalismus sterben — Kämpft um die Arbeiter- und Bauernrepublik

Freiburg. Am 19. November tagte im Gasthof „Zum grünen Baum" eine Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Alle Uhrenfabrikarbeiter werden als Opfer des kapitalistischen Profitsystems und der letzten Wirtschafts„ankurbelungen" durch Papen hungernd und frierend auf der Straße liegen bleiben. Nur noch wenige Tage und die Freiburger Uhrenindustrie wird vollständig erloschen sein. So wird der Arbeiterschaft im Osten Deutschlands durch die „Osthilfe" geholfen!

In der Mitgliederversammlung des DHV. löste ferner die Verwendung des Restbetrages der Unterstützungskasse eine erregte Diskussion aus. Im „Freiburger Boten" kommt ein Syndikus auf den Einfall, diese Gelder der bürgerlichen „Winterhilfe" zu übermitteln. Einmütig sprachen sich die Anwesenden dagegen aus, da ja zur Genüge bekannt ist, daß die Gelder der bürgerlichen Winterhilfe nur zum geringsten Teil an die wirklich Hungernden gelangen. Allein die Arbeiterschaft aus den Uhrenfabriken hat das Recht, über die Verwendung des Geldes, das sie selbst aufgebracht haben, zu bestimmen.

Die Freiburger Uhrenarbeiter müssen an sich selbst den Bankrott des Kapitalismus erleben. In Deutschland wird ein Betrieb nach dem anderen stillgelegt! Ganze Industriegebiete gleichen Friedhöfen!

In Sowjetrußland dagegen werden neue riesige Industriekombinate eröffnet. Zehntausende Arbeiter, hauptsächlich vom Land, erhalten in der Industrie neue Beschäftigung. Das zeigt: Will die Arbeiterklasse leben, dann muß der Kapitalismus sterben! Vor allem die Freiburger Uhrenarbeiter werden daher jetzt ihr Leben für eine Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus in die Schanze schlagen.

Freigewerkschaftler fordern Freilassung des zum Tode verurteilten Antifaschisten Bartl

Die Mitgliederversammlung nahm ferner zu dem durch das Chemnitzer Schwurgericht zum Tode verurteilten Antifaschisten Ferdinand Bartl Stellung und protestierte mit aller Schärfe gegen dieses ungeheure Klassenurteil. Die Mitgliederversammlung nahm einstimmig folgende Protestresolution an:

„Die am 19. November 1932 im Gasthof „Zum grünen Baum" tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Freiburg (Schles.), protestiert gegen das vom Chemnitzer Schwurgericht gegen den Arbeiter Ferdinand Bartel gefällte Todesurteil. Sie fordern Freispruch sowie Freilassung sämtlicher proletarischer politischen Gefangenen, die nur deswegen eingekerkert sind, weil sie sich nicht willenlos von den braunen Banden abschlachten ließen. Die Versammelten geloben, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für ihre Forderung einzutreten."

Freidenker-Protest gegen Todesurteil

Resolution!

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Freidenker-Verbandes Breslau, der Abteilung Ohlauer Tor, protestiert energisch gegen das Todesurteil an einem Chemnitzer Klassengenossen. Sie erklärt, daß der einzige wirkungsvolle Kampf gegen diese Klassenjustiz der außerparlamentarische Kampf der deutschen Arbeiterklasse ist.

Berichtigung. In dem Artikel: „Jeder Betrieb organisiert seine Delegiertenkonferenz" in der Dienstag-Nummer vom 22. November, muß es am Eingang des Artikels heißen: „Die Verlängerung der Arbeitszeit auf neun Stunden Untertage" — und nicht Uebertage, da ja bereits schon Uebertage die neunstündige Arbeitszeit existiert.

Frage deinen SPD.-Kollegen, frage den NSDAP.-Arbeiter?

1. Was tun SPD. und ADGB. angesichts des wachsenden Elends der Erwerbslosen?

Unerträglich ist das Elend der Erwerbslosen. Ein noch furchtbarer Winter steht vor der Tür. Die KPD. ruft unter der Parole: „Rettung vor Hunger und Frost!" die Arbeitr zum Kampf auf und mobilisiert die Massen für die Forderungen: 1. Jeder Unterstützungsempfänger erhält jede Woche ein Brot extra und gratis als Zusatzunterstützung. 2. Jedem Haushalt von Unterstützungsempfängern werden sofort 5 Zentner Kartoffeln ausgeliefert oder entsprechende Gutscheine als Zusatzunterstützung zur Verfügung gestellt. 3. Jedem Haushalt von Unterstützungsempfängern werden 10 Zentner Kohlen oder entsprechende Gutscheine als Zusatzunterstützung ausgeliefert. Natürlich wird die KPD. auch im Reichstag diese Forderungen einbringen zur Unterstützung der außerparlamentarischen Mobilmachung; denn nur diese kann die Durchsetzung der Forderungen der Arbeitslosen bewirken. Was tun nun SPD. und ADGB.? Sie haben „Reichstagsanträge" gestellt, aber nur, um ein Eintreten für die Arbeitslosen vorzutäuschen, um sie vom außerparlamentarischen Kampf abzuhalten. An diesen denkt die SPD. und der ADGB. nicht im Traum, im Gegenteil, sie tun alles, um ihn zu verhindern, um die proletarische Einheitsfrontaktion zur Rettung vor Hunger und Frost zu durchkreuzen. Sozialdemokratische Arbeiter und Gewerkschaftskollegen, nehmt dazu Stellung in allen Gewerkschaften, auf allen Stempelstellen und auch in den Betrieben. Macht mobil! Formiert die proletarische Einheitsfront zur Rettung vor Hunger und Frost.

2. Warum pfeifen die Hitler und Goebbels auf die Not der Erwerbslosen?

Im Hotel der feinen Leute, im „Kaiserhof", schachern Hitler, Frick, Goering, Goebbels mit den anderen kapitalistischen Parteien und untereinander um die Ministersitze. Im „Kaiserhof" gibt es keinen Hunger und keinen Frost, sondern warmgeheizte, gemütliche Räume und luxuriöse Diners und Soupers mit 7 Gängen. Für die Not der Erwerbslosen gibt es in der Nazipresse ein paar sozialdemagogische Phrasen, und die NSDAP. wird wohl, ähnlich wie die SPD., ein paar Papieranträge im Parlament stellen, um die Erwerbslosen zu betrügen. Die Hitler-Partei hat ja bekanntlich die Papen-Verordnung vom Juni 1931, die die Erwerbslosenunterstützungen abbaute, toleriert; mit der Bedingung, daß die Naziminister die Papen-Verordnungen weiterführen, ist Hitler völlig einverstanden. Seht, erwerbslose Arbeiter in der NSDAP., wie Hitler auf euren ausgemergelten Körpern Ministerposten ergattern will. Eure Forderungen könnt ihr nur durchsetzen in der roten Einheitsfront. Kämpft mit den Kommunisten für die Forderungen zur Rettung vor Hunger und Frost!

Zur Bereitung vorzüglicher Fleischbrühe nimmt man
MAGGI's Fleischbrüh-Würfel

RUND UM DEN ERDBALL

Mehr Lungenkranke, weniger Heilstätten

Die furchtbaren Folgen der Krise

Auf einer Reihe von medizinischen Kongressen und in der gesamten Fachpresse haben sich in den letzten Jahren die Aerzte eingehend mit der Frage beschäftigt, wieso die Tuberkulosesterblichkeit in den letzten Jahren so abgenommen habe. Dabei ist man zu den verschiedenartigsten Schlußfolgerungen gekommen. Im allgemeinen wurde festgestellt, daß der Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit nicht etwa mit der Abnahme der Tuberkuloseerkrankungen überhaupt Schritt halte. Hier ist im Gegenteil, im Zeichen der Wirtschaftskrise, in den sogenannten Kulturländern eine deutliche Verschlechterung eingetreten. Soweit es sich bisher übersehen läßt, ist gerade in den letzten zwei Jahren eine ganz erhebliche Zunahme der Schwindsuchtsfälle, vor allem ihrer schweren offenen Formen eingetreten.

Nach den Berichten der Kreisärzte kann kein Zweifel darüber sein, daß die katastrophale Wirtschaftslage, die mangelhafte Ernährung, die mittelalterlichen Wohnungsverhältnisse in den Großstädten und auf dem Lande, die schlechte Bekleidung unter den Erwachsenen und Schulkindern zu einem erschreckenden Ansteigen der Tuberkulosedurchseuchung geführt haben. Schon vor einem dreiviertel Jahr hat der Referent im Preußischen Volkswohlfahrtsministerium, der Ministerialdirektor Schopohl, darauf hingewiesen, daß sich, vor allem unter der Schuljugend, die Fälle von offener, ansteckender Lungentuberkulose derart häufen, daß daraus eine ernste Bedrohung für die Gesundheit des deutschen Volkes entstehen müsse.

Er verlangte nachdrücklich die sofortige Inangriffnahme weitestgehender Vorbeugungs- und Verhütungsmaßnahmen gegen die Ausbreitung der Proletarierseuche, der „weißen Pest", konnte sich aber mit seinen Forderungen, die gewiß nicht als sonderlich fortschrittlich zu bezeichnen waren, nicht durchsetzen. Es ergibt sich somit die zunächst verblüffende Tatsache, daß die Tuberkulosesterblichkeit bis vor kurzem langsam, aber stetig abgenommen hat, während die Erkrankungsziffer an Schwindsucht immer größer geworden ist.

Zur Erklärung hierfür werden verschiedene Tatsachen herangezogen. Da ist zunächst einmal die Abnahme der Geburtenziffer. Je geringer die Zahl der Geburten ist, desto geringer pflegt auch die Sterbeziffer zu sein, desto länger leben die Menschen. Die Durchseuchung der Jugendlichen soll ebenfalls angeblich die Sterblichkeit der Tuberkulose im späteren Alter verringern. Die angebliche Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen, vor allem der Industriearbeiterschaft, wird von den Statistikern als Hauptgrund für die Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit angeführt.

Die wichtigste Erscheinung aber wird bei dieser ganzen Beweisführung außer acht gelassen. Während des Krieges und der Inflation starben Tuberkulosekranke in einem Alter und in einem Krankheitszustand, in dem sie unter normalen Umständen noch lange nicht gestorben wären. Die unerhörten Entbehrungen, die schlechte Ernährung, Kleidung, der Mangel an Heizmaterial, die schlechte Versorgung in Krankenhäusern und Heilstätten kürzte ihr Leben ab, führte zu einer Uebersterblichkeit, die sich nicht etwa nur auf Tuberkulose, sondern auch auf viele andere Krankheiten erstreckte. Schwächliche, nicht tuberkulöse Menschen, die aber in einem späteren Alter mit großer Wahrscheinlichkeit sich noch eine Lungenschwindsucht zugezogen hätten, starben an Hunger oder Infektionskrankheiten. Nur der konnte die Strapazen der Kriegs- und Nachkriegszeit überstehen, dessen gesundheitlicher Zustand diesen unerhörten Anforderungen wirklich gewachsen war.

Lungenkranke und Tuberkulosegefährdete stellten den Hauptanteil an der sprunghaft gestiegenen Todesziffer während dieser Zeit dar.

Alle diese vorzeitig Gestorbenen können nun natürlich die Statistik nicht mehr belasten, die dadurch ein so gewandeltes Aussehen zeigt. Deshalb sind aber die Gefahren nicht etwa geringer geworden. Im Gegenteil! Die Zahl der ansteckenden, dauernd Tuberkelbazillen verstreuenden Kranken ist jetzt schon so groß, daß nicht mehr allen ärztliche Hilfe, geschweige denn stationäre Behandlung zuteil werden kann. So bilden diese Kranken eine ständige Gefahr für ihre Umgebung.

„Man hat überhaupt den Eindruck, als ob die Wirtschaftskrise die Gesundheit der versicherungspflichtigen Bevölkerung erheblich beeinträchtigt habe", heißt es in einem Bericht der Landesversicherungsanstalt Hannover über die Tätigkeit ihrer Heilstätten. „Zugleich ist die Durchführung der Heilstättenmaßnahmen schwer gefährdet." Eine ganze Reihe von Heilstätten sind in Deutschland geschlossen, die übrigen nicht voll belegt. Die Gewährung von Heilverfahren ist an verschärfte Bedingungen geknüpft. Die Durchführung kostspieliger Kuren wird von vornherein abgelehnt, teure Apparate werden nicht mehr angeschafft. Moderne Institute werden geschlossen. Bestrahlungsapparate, die zur Erkennung und Heilung der Krankheit dienen, liegen brach. Aerztliches und technisches Personal wird gekündigt und entlassen. Groß ist die Zahl gut ausgebildeter Aerzte, Schwestern und Laboranten, die keine Beschäftigung mehr haben und stempeln gehen müssen.

Was hilft es, daß ganze Provinzialverbände der Krankenkassen und Aerzte (so erst neuerdings der Provinz Ostpreußen), Hilferufe an die Reichsregierung erlassen, in der sie in diesem Zusammenhang von einer „gefährlichen Schwächung des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung" sprechen? Was hilft es, wenn sich die warnenden Rufe verantwortungsbewußter Sozialhygieniker mehren, die in dem gegenwärtigen Zustand eine unmittelbare, das Volksganze bedrohende Gefahr sehen und die kommende Gesundheitskatastrophe für die allernächste Zukunft ankündigen?! Eine Aenderung unter dem bestehenden System ist nicht zu erwarten.

Ist nicht zu erwarten — das wäre übertrieben. Eine Aenderung ist sehr wohl zu erwarten. Es besteht die Absicht, die Heilverfahren bei Lungentuberkulose, wie bei allen anderen Krankheiten von immer schärferen Bedingungen abhängig zu machen, so daß den Versicherten ihre Durchführung unmöglich ist. Ein weitgehender Abbau der gesamten Sozialversicherung, in allererster Linie der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, ist vorgesehen. Die Finanzlage des deutschen Reiches gestattet derartige „Luxusausgaben" nicht. Alles verfügbare Geld, soweit es nach Erhöhung der Steuern von Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten rücksichtslos eingetrieben wird, muß in erster Linie dazu dienen, der „grauenhaften Notlage", unter der die millionenschweren Schlotbarone und Krautjunker nach ihren eigenen Berichten und den Erhebungen der Regierung der Barone zu leiden haben, abzuhelfen.

Dr. med. Wilhelm Swienty.

Unverkäufliche Lose gibt es nicht!

Dafür liegen genug Beweise vor.

200 000 revolutionäre Schriften

sind u. a. die Gewinne der Verlosung.

Arbeiterliteratur im Kampf für die Einheitsfront-Aktion

Massenvertrieb der 10-Pf.-Lose, das ist ein Stück ideologische Offensive!

Ziehung: 10. Dezember 1932.

Braune Kindermörder

Wie die 13jährigen Arbeiterjungen Hans Graack und Gustav Hoffmann von SA.-Banditen ermordet wurden

Am Freitag, dem 18. November, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Altona. An der Ecke der Großen Bergstraße und Weidenstraße befindet sich mitten in einem Gebiet, das fast nur von revolutionären Arbeitern bewohnt wird, eine SA.-Kneipe, deren Insassen durch provokatorisches Auftreten den Anlaß zu einer Schlägerei gaben.

Die Polizei war gleich zur Stelle. In diesem Augenblick wurden fünf Schüsse aus der Nazikaserne abgegeben.

Der 13 Jahre alte Fichte-Pionier Hans Graack wurde durch einen Herzschuß tötlich getroffen. Er war gerade im Begriff, von einem Fichte-Turnlokal aus sich in die schräg gegenüber liegende elterliche Wohnung zu begeben.

Unmittelbar nachdem die Schüsse gefallen waren und der Jungpionier erschossen am Boden lag, nahm die Polizei eine Visitation der umstehenden Arbeiter vor, ließ auch ein in der Nähe befindliches Lokal, in dem kommunistische Arbeiter verkehrten, durchsuchen und besetzte schließlich auch die Nazikaserne. Bei den Arbeitern wurde nichts gefunden, dagegen entdeckte die Polizei in der Nazikaserne Waffen und beschlagnahmte sie.

Alle Passanten, die den Vorfall gesehen haben und verhört worden sind, bestätigten einstimmig, daß die Schüsse aus dem Lokal der Nationalsozialisten abgegeben wurden. Das müssen u. a. auch die „Altonaer Nachrichten", ein bürgerliches Blatt, bestätigen, die gleichfalls die Tatsache mitteilen, daß bei der Razzia in dem nationalsozialistischen Lokal Waffen gefunden wurden, während die Waffensuche bei den Arbeitern erfolglos war.

Das ist der Tatbestand. Mit zynischer Frechheit versucht die nationalsozialistische Presse, voran der „Angriff", die Tatsachen in ihr Gegenteil umzukehren. Ja, die nationalsozialistischen Mordgesellen gehen noch weiter, indem sie sogar versuchen, in Hamburg für den erschossenen Hans Graack auf Listen Geld zu sammeln.

Erst erschießen sie den 13jährigen Fichte-Pionier, dann geben sie gefälschte Berichte in die Presse, um sich nach außen hin von der Mordschuld rein zu waschen und dann wagen diese Banditen für den von ihnen ermordeten Fichte-Pionier Sammlungen zu veranstalten.

Der Werktätigen in Altona hat sich unerhörte Erregung bemächtigt. Sie verlangen immer stürmischer, daß die Mordkaserne endlich geschlossen wird und daß die Banditen der SA., die den Arbeiterjungen Hans Graack auf dem Gewissen haben, sofort verhaftet werden.

★

Dieser Fall der Ermordung eines Arbeiterkindes durch Nationalsozialisten, verbunden mit der Verdrehung der Tatsachen in der nationalsozialistischen Presse, steht nicht vereinzelt da.

Bereits vor wenigen Wochen, am 30. Oktober, wurde der 13jährige Arbeiterjunge Gustav Hoffmann aus Duisburg-Meiderich von den SA.-Leuten Knüffermann, Steiniger und Deitert erschossen. Die Schützen waren so brutal, daß sie sogar auf einen Arbeiter, der sich um das erschossene Kind bemühte, noch einmal drei Schüsse abgaben, die glücklicherweise ihr Ziel verfehlten.

Selbst die politische Polizei in Duisburg mußte einen Bericht veröffentlichen, in dem es heißt daß nach einwandfreien Feststellungen Nationalsozialisten die Täter gewesen sind. Die Nationalsozialisten schossen, als einige Arbeiter die von ihnen verteilten Flugblätter nicht annehmen wollten. Das nationalsozialistische Organ für das Ruhrgebiet versuchte auch hier, mit den gleichen Lügen wie im Falle Hans Graack zu operieren.

Dänemark vernichtet Fleisch

Kopenhagen, 23. November. Die Vernichtung hochwertiger Lebensmittel nimmt immer größere Dimensionen an. Nachdem kürzlich erst aus Brasilien die Verbrennung von zehn Millionen Sack Kaffee gemeldet worden war, sind neuerdings in Dänemark 2500 abgemolkene Kühe nicht auf dem üblichen Wege dem Schlachthof zugeführt worden, um zu Wurst usw. verarbeitet zu werden. Man ließ die Tiere vielmehr, wie es sonst nur bei Kadavern geschieht, im sogenannten „Destruktor" abdeckermäßig vernichten, um Tierkörpermehl als Schweinefutter und Leim für technische Zwecke zu erhalten.

Diese Meldung offenbart kraß den Wahnsinn und das ungeheure Verbrechen der kapitalistischen Gesellschaft. Millionen verhungern und gleichzeitig vernichtet man wertvolle Lebensmittel, um Preise zu heben.

Auf dem Vogelsand gestrandet

Hamburg, 23. November. Während des Sturmes, der am Dienstag die deutsche Nordseeküste heimsuchte, ist in der Elbmündung der Motorsegler „Marie Elise" gestrandet. Das Schiff befand sich auf der Reise von Dortmund nach Hamburg mit einer Kohlenladung und geriet gegen 10 Uhr abends in Seenot. Die Signale wurden in Cuxhaven gesehen, die Bergungsdampfer liefen zur Rettung aus. Das Schiff ist jedoch auf dem als gefährlich bekannten Großen Vogelsand gestrandet. Einem Rettungsboot gelang es, den Motorsegler zu erreichen und die aus vier Mann bestehende Besatzung zu bergen.

Unterschlagungen der Nazistudenten

Braunschweig, 23. November. Die nationalsozialistischen Studenten, die den Allgemeinen Studentenausschuß beherrschen, haben sich jetzt aber gefallen lassen müssen, daß die Kriminalpolizei eine Haussuchung im Studentenheim vornahm und Kassenbücher beschlagnahmte. Die nationalsozialistischen Studenten, die das Studentenheim verwalten, haben große Unterschlagungen begangen. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Mehrere Kassenbücher sind überhaupt verschwunden.

Kinobrand in Madrid

Madrid, 23. November. Im Palaceo de la Musica, der fast ausschließlich als Kinotheater verwendet wird und der schönste Theaterraum Madrids ist, brach gegen Mitternacht bei vollbesetztem Haus Feuer aus, und zwar während einer Pause bei Vorführung von Reklamebildern durch Kurzschluß hinter der Bühne. Das Publikum, durch laute Zurufe zur Besonnenheit ermahnt, blieb verhältnismäßig ruhig und hatte in wenigen Minuten das Theater geräumt, sicher eingedenk des großen Madrider Theaterbrandes von vor vier Jahren, bei dem durch die Panik mehr als 80 Zuschauer den Tod gefunden hatten.

Das Feuer griff auf die Sitzreihen und den Saal des Palaceo de la Musica über und wurde nach anderthalb Stunden von der Feuerwehr ziemlich beherrscht. Bei den Löscharbeiten erlitten ein Feuerwehrmann und ein Polizist erhebliche Verletzungen. Der Schaden ist beträchtlich.

Der Krakatau spuckt

Batavia, 23 November. Der Krakatau ist wieder in Tätigkeit. In unregelmäßigen Abständen erfolgen Ausbrüche, die eine Höhe von 300 Metern erreichen.

Der Krakatau, der Vulkan auf der gleichnamigen Insel in der Sundastraße, zwischen Sumatra und Java, ist seit den letzten Jahren wieder in ständiger Bewegung. Mit seinem Namen ist die Erinnerung an die ungeheuerste vulkanische Katastrophe der neueren Zeit verbunden. Im August 1883 fand die Eruption statt, die einen Teil der Insel ins Meer versenkte und bei der gegen 75 000 Menschen den Tod fanden.

Verantwortlich: Alfred Hendrich, Berlin

Breslau, den 24. November 1932.

Ausbeutungsmethoden bei der Stadtmission

Zwei jugendliche Arbeiter berichten heute folgendes: E. L., wohnhaft in Breslau, wurde vom Jugendamt nach der Stadtmission Frankfurter Straße geschickt, weil die Mutter keine Unterstützung für ihren Sohn bekommt. R. ist auf der Wanderschaft gewesen, ist Vollwaise, stammt aus Beuthen OS., wurde gleichfalls vom Jugendamt nach der Stadtmission geschickt.

Die Arbeitszeit in dieser Ausbeuterhölle geht von 6 Uhr morgens bis 18 Uhr. Mittagpause eine Stunde, Vesperpause eine halbe Stunde, aber in der Mittagpause muß noch das Geschirr abgewaschen werden. Dafür bekommen diese jugendlichen Arbeiter 68 Pfennig die ganze Woche. Das Essen ist miserabel. Dazu gibt es Prügel vom Jugendleiter Kühn, der ein Nazijüngling ist. Man darf dort wohl Hitlerlieder singen, aber keine revolutionäre Aeußerung tun. Wer sich dort nicht willig ausbeuten und verprügeln läßt, wird sofort in Zwangserziehung nach Wohlau oder Jutinsburg gebracht. Acht Jugendliche befinden sich in dieser „Kulturstätte". Der Hofmeister Henke, der Kalfaktor Herrmann und ein Kutscher Sowotnig prügelten einen Jugendlichen gemeinsam wegen Nichtigkeiten. Dieser Jugendliche (B. mit Namen) hat darauf das Weite gesucht. Das Essen, z. B. Sülze, ist kaum zu genießen, aber die Jungarbeiter werden gezwungen, ihren Hunger damit zu stillen.

Das ist das Leben der Proletarierjugend im Kapitalismus. Ausgestoßen aus dem Produktionsprozeß und der Landstraße überliefert, abgeschlachtet und mittellos. In dieser Verfassung hofft die Bourgeoisie die Proletarierjugend für Arbeitsdienst, SA.-Mörderkolonnen und Kanonenfutter reif zu machen. Aber die ausgebeutete Arbeiterjugend wird die Flamme der Rebellion sein, der sich die kapitalistische Gesellschaft nicht mehr zu entziehen vermag. Jungproleten, reiht euch ein in den KJVD., für eure und eurer Klasse Befreiung.

Moskau-Reisen im Winter

Das staatliche Fremdenverkehrsbüro der Sowjetunion „Intourist" bietet deutschen Arbeitern und Angestellten auch im Laufe des bevorstehenden Winter Gelegenheit, Moskau und andere Großstädte der UdSSR. im Rahmen einer billigen Studienreise zu besuchen. Eine solche Studienreise in der Wintersaison 1932/33 hat den besonderen Vorteil, daß sie mit dem Staatsjubiläum „15 Jahre Sowjetmacht", sowie mit dem Abschluß des ersten Fünfjahrplanes zusammenfällt. Dadurch erhalten die Reiseteilnehmer Gelegenheit, besonderen Festveranstaltungen beizuwohnen und Ausstellungen zu besuchen, die die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus besonders plastisch übersehen lassen.

Im Rahmen der bevorstehenden Gesellschaftsreisen deutscher Arbeiter und Angestellten, werden die Städte Moskau, Leningrad und Iwanowo-Wosnessensk besucht. Die Dauer der Touren beträgt mit der Reise von Berlin bis Berlin 9, 10 und 12 Tage. Die Preise (die alle Fahrkosten von Berlin bis Berlin, volle Verpflegung entsprechend der bei Pauschalreisen üblichen Leistungen, sowie die Kosten des Sowjet-Visums, der Führungen, Rundfahrten usw. einschließlich) sind von 160 RM. an gestaffelt. Außer diesen Preisen erwachsen den Teilnehmern keinerlei Ausgaben.

Die erste Reise dieser Art im Winter 1932/33 beginnt am 10. Dezember, weitere folgen am 28. Januar und 18. März. Ausführliche Reiseprogramme versendet Intourist, Berlin, Unter den Linden 62/63, wo auch die Anmeldungen für die Reise erfolgen.

In Moskau und Leningrad werden Großbetriebe, soziale und kulturelle Einrichtungen, Ausstellungen, Museen und Sammlungen, in Iwanowo-Wosnessensk, dem Hauptsitz der Textilindustrie, die typischen Einrichtungen einer modernen sozialistischen Fabrikstadt besichtigt.

Außer den angeführten Reisen finden auch Studienreisen für Ingenieure, Techniker und Architekten (26. November und 25. Februar), Aerzte (28. Januar und 25. März), Lehrer (23. Dezember) und Studenten (23. Dezember und Ostern) statt. Auch über das Programm dieser Reisen erteilt Intourist Auskunft.

Masch

Achtung, Kurse in Englisch, Buchführung und Zeichnen!

Wir beginnen mit einem englischen Kursus für Anfänger heute abend um 19 Uhr, Schrift- und Figurenzeichnen heute um 20.30 Uhr, und Buchführung Freitag abend um 19.30 Uhr. Alle Kurse finden Wallstraße 21, 3. Stock, statt.

Hilf den roten Sportlern

am Ausbau ihres Sportplatzes. Treffpunkt der Mitarbeiter jeden Tag vormittags 9 Uhr, nachmittags 1 Uhr im Heim Rosenstraße.

Uebt Solidarität!

Opposition im DFV. für Massenkampf gegen Kulturreaktion

Leichenpietsch bittet um Vertrauen zur SPD.-Führung — Mitglieder sollen schlafen

Breslau. Nach achtmonatiger Pause führt der SPD.-Vorstand im DFV. Stadtteilversammlungen in Breslau durch. In der Abteilung Gräbschen hielt Pietsch ein Referat, das nur als blöder Bluff bezeichnet werden kann. Mit blöden Witzen, die oft an eine Verhöhnung der eigenen Mitgliedschaft grenzten, suchte er sich über die Dinge hinwegzusetzen. Obwohl die Versammlung überwiegend aus SAP.- und SPD.-Proleten besetzt war, war doch eine allgemeine Rebellionsstimmung zu beobachten, die aber nicht zum Ausdruck kam, weil vor allen Dingen auch die Kollegen der Opposition vollkommen ungenügend vertreten waren. Dadurch war es dem Pietsch möglich, seinen Brei wieder den Mitgliedern zu servieren.

Nach der Ansicht von Pietsch besteht für den DFV. keine Verbotsgefahr, und dazu gibt er die idiotische Begründung, daß zurzeit dazu gar keine Regierung vorhanden wäre, die das Verbot aussprechen oder durchführen könnte. Aber schlimmstenfalls, meint er, da sei doch wenigstens mit der Erhaltung der Bestattung zu rechnen. Sicherheitshalber hätten die Bonzen in den letzten sechs Monaten Sicherungsmaßnahmen für das Verbandsvermögen getroffen. Wie diese Sicherheitsmaßnahmen aussehen, dürfen die Mitglieder natürlich nicht wissen, sonst könnten sie schließlich an dieser Sicherheit gar arge Zweifel bekommen. — Was die Frage der Beiträge anbelangte, erklärte Pietsch, daß an eine Senkung der Beiträge nicht gedacht werden könne, obwohl die Bestattungskosten 10 Prozent niedriger geworden sind. Durch die Erhebung anderer Gebühren sei diese Ersparnis wieder wettgemacht worden. Von der Not breiter Mitgliederkreise sei er zwar gerührt, aber das könne an der Beitragshöhe nichts ändern. Um den Mitgliederschwund abzuschrecken, erklärte er, daß das städtische Armenbegräbnis „das Letzte" sei. Das Letzte bestimmt, denn nach dem Tode gibt es ja bekanntlich nach materialistischer Geschichtsauffassung nichts mehr.

Mit der Frage DFV. und Politik war Pietsch sehr schnell fertig. Er machte das Lippenbekenntnis, daß der DFV. sich zum marxistischen Atheismus bekenne und den religiösen Sozialismus „ablehne". Dann ergriff ihn der Wahljammer und betonte, daß das deutsche Proletariat seine staatsbürgerlichen Rechte nicht ausnütze. Aber nach Pietsch da kann die Reaktion höchstens noch fünf oder zehn Jahre wüten, und dann, na dann wird eben der Sozialismus kommen, wenn . . . die Arbeiter auf die SPD.-Führer vertrauen. Die SAP. macht dagegen eine zahme Opposition. Sie „erwartet" vom SPD.-Vorstand einen stärkeren Druck in seiner Partei gegen die „religiösen Sozialisten", um nicht den Freidenkerverband zu schädigen. Außerdem wünscht die SAP., daß die SPD.-Führung im DFV. mehr Kulturkampfpolitik als Bestattungsfragen behandelt.

Gen. H. zeigte die Widersprüche in Pietsch' Ausführungen auf und beschäftigte sich zuerst mit der Frage marxistischer Atheismus. Er zeigte, daß das ein Kampfabschnitt auf dem Kulturgebiet der revolutionären Arbeiterbewegung ist. (Marxismus ist ja übrigens Atheismus, d. h. ohne Gott, in der Erkenntnis, daß alles auf natürliche Weise auf der Welt vor sich geht und keine übernatürliche Dinge irgendwie in der Welt ein Spiel treiben. Red.) Gen. H. erklärte, daß die Massen ihre Kämpfe führen müssen und nicht auf die Führung des DFV. warten können. Von der jetzigen Führung können wir keine Erfüllung marxistischer Kampfaufgaben erwarten. Er empfahl der Versammlung die Annahme folgenden Antrages:

Die DFV.-Versammlung vom 18. November 1932 sieht in der Anrufung des Staatsgerichtshofes als Instrument der herrschenden Reaktion kein Abwehrmittel zur Verhinderung des drohenden Verbots des DFV. Die Mitglieder erkennen vielmehr die Notwendigkeit des Massenkampfes. Zur Organisierung desselben begrüßen sie den Aufruf der Ortsgruppe Kotzenau im DFV. zur Abhaltung eines Kampfkongresses aller Freidenker Schlesiens am 6. und 7. Januar 1933 in Liegnitz.

Die Versammlung beschließt, aus ihrer Mitte zwei Genossen zum Kongreß zu delegieren. Auf zum Kampfkongreß aller Freidenker Schlesiens gegen Verbotsterror und Kulturreaktion!

(Unterschrift.)

Der SAP.-Vorsitzende Neumann sabotierte den ordnungsgemäß eingereichten Antrag, so daß er weder verlesen noch abgestimmt wurde. Im Schlußwort erlaubte sich Pietsch, die Diskussionsredner lächerlich zu machen. Gegen den Genossen Antragsteller richtete er auf Zwischenrufe zweideutige Anspielungen wegen eines schwebenden Gerichtsverfahrens, bei dem sich die Mitglieder „etwas denken" sollten. Er erklärte, daß er eigentlich dem Antragsteller nur das Wort aus Toleranz gegeben habe, eigentlich haben nach Pietsch die Mitglieder überhaupt nichts zu sagen. Jeder DFV.-Genosse hat in Zukunft noch „Danke" zu sagen, wenn ihm Pietsch geruht, das Wort zu erteilen.

Eine Ortsgruppe Kotzenau existiert bei Pietsch überhaupt nicht. Da soll einmal ein kleines Grüppchen bestanden haben, das sich besonders „revolutionär" fühlte, und die haben nach drei Monaten schon nicht mehr bestanden. (Wir kommen in einem späteren Artikel über Kotzenau ausführlich zurück.)

Die SAP. und die KPD. waren mit Pietsch und der SPD. offensichtlich in allen Dingen einig. Sogar darüber, daß Pietsch keine Erklärung zu dem Flugblatt Nevermanns abgab. Als man ihm während der Versammlung ein derartiges Flugblatt vorlegte, meinte er, daß er schon mehrere erhalten hätte. Die Mitglieder des DFV. verlangen aber Aufklärung über das Flugblatt, ob die Anklagen Nevermanns wahr sind oder nicht. Das Schweigen auch über diesen Punkt wird gebrochen werden.

Freidenkerkollegen, die Pietsch mitsamt dem Hauptvorstand wollen euch jetzt einschläfern, über den Ernst der Situation hinwegtäuschen, um nachher euch die Schuld zu geben, daß ihr den richtigen Moment verpaßt hättet. Pietsch wird keinen Kampf gegen das Verbot des DFV. aufnehmen, er findet sich bereits jetzt schon mit dem Trost ab, in Zukunft vielleicht als Schmorverein anerkannt weiter bestehen zu dürfen. — Setzt dieser Politik ein Ende, schart euch um die Opposition im DFV. und organisiert den revolutionären Kulturkampf!

Wir haben einen roten Schulvorposten an der Sammelschule 2, Posener Straße

Die beste Antwort auf die faschistischen Erziehungsmethoden an der Schule

Von den Kindern der Sammelschule 2 erhalten wir folgenden Bericht, der von der Tatkraft und dem Kampfeswillen der jüngsten Genossen zeugt.

Breslau. Von unserer Schule steht ja sehr oft was in der „Arbeiter-Zeitung" und alle Arbeiter müssen nun eigentlich gespannt sein, was dort noch werden wird. Am Montag haben wir eine Schülerversammlung gehabt, die war knorke. Die Lehrer an der Schule hatten die Flugblätter natürlich auch bekommen. Eine Wut hatten sie da, Mensch! In der Gesangstunde sagte der Lehrer Tietz ganz boshaft:

„Daß ihr auch nicht in eure wichtige Schülerversammlung nachmittags zu spät kommt!"

Wenn der gesehen hätte, daß da bald 100 Kinder da waren, hätte er sich grün und blau geärgert.

Man hat richtig gemerkt, wie alle Kinder entrüstet waren über die Zustände an der Schule. Alle Kinder erzählten was. Der Rektor, der Lehrer Tietz, der Lehrer Türke und das Fräulein Pollak sind die Schlimmsten an unserer Schule. Der Lehrer Türke, der sehr oft Turnunterricht gibt, will uns da richtig militärisch drillen. Genau so der Rektor. Wenn man mal an seiner Klasse vorbeirennt, schreit er uns an, als ob ein SA.-Sturmführer seinen Sturm Befehle gibt. Der schlimmste ist aber der Lehrer Tietz. Einmal war eine Frau, die Mutter eines Jungen, bei ihm. Da beteuerte er, er prügelt kein Kind unschuldig. Als sich dann in der Klasse ein Schüler — sicher nicht absichtlich — aufführte und sich keiner meldete, gab er uns allen zwei Seiten Strafarbeit. Die haben wir nicht gemacht, da hat die ganze Klasse zwei über die Hände bekommen. Da ist es doch klar, daß der Lehrer die Mutter richtig beschwindelte. Er hat uns alle unschuldig verprügelt, denn so was kann jedem mal passieren.

Als wir einmal bei ihm Werkunterricht hatten, lag ein Stück Holz da, das sah aus wie ein Dolch. Da schrieb ein Junge drauf: „Hitlers Dolch". Der Lehrer Tietz bekam darüber eine ungeheure Wut. Er frug, wer das gemacht hat, und als sich derjenige freiwillig meldete,

da bekam er mit einem ganz dicken Knüppel, der gerade da lag, sechs über den Hintern.

Es war gerade so, als wenn wir ihn damit beleidigt hätten.

In allen Klassen sind die Vorhänge so dreckig, daß man sie gar nicht anpacken kann. Komisch sieht es aus, daß sich das Fräulein Jänig, weil sie kein Handtuch hat, die Hände in die Vorhänge abwischt. Das können alle Kinder bezeugen. Und unser Rektor, der kann uns gar nicht mehr richtig unterrichten, der ist ganz nervös. Mitten in der Stunde ißt er Aepfel und uns läßt er die Schalen wegräumen, dann läuft er ganz nervös dauernd in der Klasse herum. Wenn wir über ein Extrablatt sprechen oder sonst über Politik, nimmt er immer Partei für die Rechten.

Es gibt so viel zu berichten, z. B. daß der Lehrer T. immer die Gewohnheit hat, mit Kreide und allem möglichen Zeug nach unserem Kopf zu werfen. Das macht er sogar mit den ganz kleinen Kindern in der 6. Klasse.

Wir schlagen den Arbeitereltern vor, lieber nächste Woche in die Elternversammlung zu kommen. Wir haben einen roten Schulvorposten gegründet und eine Leitung gewählt, darin sind auch mehrere rote Falken. Unser roter Schulvorposten, der wird jetzt den Kampf an der Schule organisieren. Seid bereit!

Arbeitereltern, steht den Kindern in diesem Kampfe zur Seite, unterstützt sie und reiht die Forderungen eurer Kinder in eure Forderungen ein. Die Arbeiterkinder reihen sich zu den roten Jungpionieren ein und bilden nach dem Beispiel der Kinder an der Sammelschule 2 an allen Schulen rote Schulvorposten.

Wie Jungbuchdrucker über den Tageskampf hinweggetäuscht werden

Breslau. Die Lehrlingsabteilung im Buchdruckerverband führte einen Elternabend durch, der im Gegensatz zur letzten Veranstaltung des Graphischen Kartells im „Wappenhof" vorteilhaft abstach. Trotzdem blieb noch manches zu wünschen übrig.

Kollege Reim gab sich Mühe, als „Freiheitskämpfer" zu wirken, um die Jugend für den „stolzen" Buchdruckerverband zu interessieren. Er sprach von der „Freiheit, die er meine"! Und die ist die bekannte. Die Jugend soll die Organisation stark machen helfen, damit die „bewährten" Führer eine Basis zu Verhandlungen für diese „Freiheit" haben und so über den „Sozialismus" verhandeln können. Merkt ihr nicht? Der Prolet sagt schachern, kuhhandeln und so! Klassenkampf? Aber pfui! Sie können nicht mehr zurück! „Wie sag ich's meinem Kinde?" ist ihr Ausweg!

Kollege Steuer sprach erklärende Worte zu Lichtbildern unter dem Titel: „Auf großer Fahrt" — die Jugend in Wort und Bild. Was er da erzählte, war teilweise wirklich unerträglich. Wir sind bestimmt nicht gegen Auslandsfahrten der Jugend, noch weniger gegen die Pflege des internationalen Solidaritätsgedanken des Proletariats. Aber hier fehlte nicht nur der Ausdruck des internationalen Sozialismus, sondern sogar jeder klare proletarische Klassengedanke überhaupt. Diese Tatsache wurde von Steuer durch seine Worte noch besonders betont in Form kurzsichtigen Kastengeistes „schöner Buchdruckerseelen". Die Fahrt ging im Juli 1932 nach Dänemark, Schweden, Norwegen, Rügen mit einem Bruchteil schlesischer Jungbuchdrucker. Steuer behauptete, daß sich jeder beteiligen könnte, wenn die (ausgebeutete) Jugend mehr sparen und auf andere unnötige „Genüsse" verzichten würde. Das ist, werter Kollege Steuer, ein blutiger Hohn auf die tatsächliche Elendslage. Steuer behauptete, daß er nirgends Elend und Unterdrückung, sondern nur Gutes und Schönes gesehen habe. (Wahrscheinlich hat er sich zu sehr in die Naturschönheiten vertieft und seine Augen vor der Krise dort verschlossen.) Dort gäbe es nur „freie Gewerkschaften", keine christlichen usw. Er betonte, daß es dort auch keine Kommunisten gäbe. Die Wahlen in den Nordstaaten haben etwas anderes gezeigt. Es hat ihm dort sehr gut gefallen,

sogar mit den dänischen Kapitalisten haben sie sich sehr gut vertragen und sich auf einem Dachgarten mit ihm photographieren lassen.

Zum Schluß hat Steuer doch noch eine „betrübliche" Feststellung gemacht. Als er nämlich dort die Buchdrucker zu einem Gegenbesuch einlud, mußte er feststellen, daß dort bedauerliche Auffassungen über Deutschland allgemein anzutreffen sind. Die Einladung wurde überall abgelehnt in der Meinung, daß in Deutschland jeder mindestens einen Gummiknüppel bei sich trage, so daß kein Mensch nach Deutschland kommen könne. Geschieht nicht etwas ganz Aehnliches in Deutschland mit hervorragender Hilfe seiner Parteifreunde über die — Sowjetunion? Wir fragen: Wenn alle Jahre Auslandsfahrten stattfinden und so viele Länder besucht werden, **warum niemals die Sowjetunion?** Warum schließt ihr euch mit aller Hartnäckigkeit hermetisch von ihr ab? Wir wissen, warum ihr die Jungbuchdrucker den Aufbau des Sozialismus nicht sehen lassen wollt. Doch eure Lügen zerrinnen im Aufbau des 2. Fünfjahrplanes restlos.

Nächstes Jahr will man nach Brünn—Budapest—Hohe Tatra. Im übrigen wurde das Programm etwas steif, aber sonst flott in der vornehmen Herrmannloge abgewickelt. Es wäre wünschenswert gewesen, auch Jungbuchdrucker selbst zu Wort kommen zu lassen. Das Buchdruckerorchester war sehr gut, brachte aber außer der Marseillaise nur klassische und leichtere Musik.

Zum Schluß wurde von derselben Fahrt noch ein Schmalfilm gezeigt, in dem man den Kopf eines Teilnehmers vergebens „auszukratzen" versucht hatte: Sporn, der für die Fahrt fleißig und gut **„gespart" hatte.**

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Kurt Gafron, in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische [illegible] Breslau, [illegible]

Der 12. Parteitag der KP. Großbritanniens

Unsere englische Bruderpartei hat in der vorigen Woche in London ihren 12. Parteitag abgeschlossen. Dieser Parteitag war einer der wichtigsten in der Geschichte der englischen Arbeiterklasse. Er fand statt im Zeichen des revolutionären Aufschwungs in England, in allen Dominions und Kolonien des britischen Imperiums.

Wie in der ganzen kapitalistischen Welt ist auch in England, dem ältesten kapitalistischen Land der Erde, das Ende der kapitalistischen Stabilisierung herangekommen. Mit etwa drei Millionen Arbeitslosen und einer stets sinkenden industriellen Produktion erlebt England eine gewaltige Verschärfung der Klassenkämpfe, wie sie seit der Chartistenbewegung in diesem Lande nicht wieder gesehen wurde. Die Welle der Arbeitslosenkämpfe, die das ganze Land überflutete, die riesigen Streiks in den Industriezentren von Lancashire, legen beredtes Zeugnis ab für die Radikalisierung der englischen Arbeiterklasse, für die Verschärfung und Vertiefung der Klassengegensätze und Klassenkämpfe.

Und während die soziale Revolution immer stürmischer und stürmischer an die Tore des alten Englands klopft, branden auch von außen her an die Mauern der alten kapitalistischen Hochburg Stürme, die die Fundamente des großen Imperiums zu unterhöhlen drohen. In Irland erheben sich die Werktätigen zum antiimperialistischen Kampf, und immer schwieriger wird es dem Verräter De Valera, den Ausbruch von großen nationalrevolutionären Kämpfen in diesem Lande zu verhindern. Selbst die blutigsten Massakers Macdonalds können das 300-Millionen-Volk Indiens nicht wieder zur Ruhe bringen. Immer unentwirrbarer wird der Knoten der imperialistischen Gegensätze, in welche Großbritannien verwickelt ist. Die mächtige Konkurrenz der Vereinigten Staaten bedroht England in seinen eigenen Dominions. Die japanische Konkurrenz versucht mit einigem Erfolg, die englische Textilindustrie vom indischen Markt zu verdrängen.

In dieser Situation hat unsere englische Bruderpartei gewaltige Aufgaben zu erfüllen. So hatte auch der 12. Parteitag der KP. Großbritanniens jene Wege zu finden, die es der Partei ermöglichen, die Kämpfe der Arbeitermassen im Bündnis mit den Massen der Kolonialvölker zu führen.

Der Parteitag stellte fest, daß die Partei ihre noch immer bestehende Isolierung von den breiten Massen der Werktätigen überwinden und eine entscheidende Wendung zur revolutionären Massenarbeit zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse durchführen muß, um ihre Aufgaben der Führung der großen Klassenauseinandersetzungen erfüllen zu können. Im Vordergrunde der Parteitagsberatungen standen deshalb die Mittel und Wege zur Bildung der Einheitsfront der Arbeiterklasse, zur Entwicklung und Verstärkung der revolutionären Massenarbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften und in den Betrieben, der Vorbereitung und Führung der ökonomischen Kämpfe der Arbeiter und Erwerbslosen. Ohne diese revolutionäre Massenarbeit in den Gewerkschaften, durch welche die Arbeiter zum Kampf für ihre unmittelbaren Forderungen und gegen die reaktionäre Bürokratie mobilisiert werden, kann kein Fortschritt erzielt werden.

Der Parteitag stellt in seiner Resolution fest: „Genau wie die deutschen sozialdemokratischen Führer durch ihre Unterstützung der Brüning-Regierung den Weg für die faschistische Diktatur und für die faschistischen Banden Hitlers bereiteten, so ist auch der gegenwärtige Offensive der Macdonald-Regierung durch die zweite „Arbeiterregierung" vorbereitet worden." Gegenwärtig vollführen die Labour-Führer zahlreiche „linke" Manöver, um ihren erschütterten Einfluß bei den Massen nicht zu verlieren. Die Partei kann nur dann diese Manöver entlarven und die sozialdemokratischen Führer von den Massen isolieren, wenn sie es versteht, die Einheitsfront von unten für die unmittelbaren Forderungen der Werktätigen bei gleichzeitigem schärfsten Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer herzustellen. Besonderes Augenmerk richtete der Parteitag unserer englischen Bruderpartei auf die Arbeit zur Gewinnung der Proletarier, die heute noch den „linken" Führern der Unabhängigen Arbeiterpartei folgen. Der Parteitag betonte, daß das entscheidende Hindernis zur Durchführung dieser Aufgaben in einer sektiererischen Einstellung gegenüber der Massenarbeit lag, die es unter allen Umständen zu überwinden gilt.

Entsprechend der Zuspitzung der imperialistischen Konflikte und der Verschärfung der Antisowjethetze in England stellt der Parteitag allen Kommunisten Englands die dringende Aufgabe, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu verstärken. Der englische Imperialismus wetteifert mit dem französischen um die Führung der Intervention gegen die Sowjetunion. Er unterstützt offen den japanischen Raubkrieg in der Mandschurei. Die englische Kommunistische Partei trägt deshalb eine große Verantwortung im Kampf der Werktätigen gegen den imperialistischen Krieg. Die Beschlüsse des Parteitages, der sich einmütig hinter das 12. EKKJ.-Plenum stellte, zeigen den Weg zur Erfüllung dieser großen historischen Aufgaben unserer englischen Genossen.

Japans „Argumente"

Kanonen und Gasbomben

Offensive in der Mandschurei — Während in Genf über die Aufteilung Chinas verhandelt wird

Mukden, 22. November. Während in Genf der Völkerbundsrat über die Aufteilung Chinas verhandelt, während der Vertreter der Kuomintang-Regierung auf die frechen Ansprüche des japanischen Vertreters nichts anderes zu antworten weiß, als jämmerliches Appellieren an die in Genf versammelten imperialistischen Räuber, von denen er sehr gut weiß, daß sie mit Japan unter einer Decke stecken, spielen sich in der Mandschurei furchtbare Kämpfe ab.

Das japanische Oberkommando gibt bekannt, daß augenblicklich an der Bahnstrecke Tschangtschun—Kirin eine heftige Schlacht im Gange ist. Den Aufständischen ist es gelungen, die wichtige Station Intschensu zu besetzen. Panzerzüge, Kanonen und Gasbomben wurden gegen die Aufständischen eingesetzt, um sie aus ihrem Stützpunkt zu vertreiben. Etwa 1000 Aufständische und Soldaten sollen bei dieser Schlacht getötet worden sein.

Auch in unmittelbarer Nähe Mukdens spielen sich blutige Schlachten zwischen den Aufständischen und den japanischen Truppen ab, die in einer Stärke von 10 000 Mann gleichzeitig von Tsitsikar und Hailun in westlicher Richtung vorrücken. Panik und Entsetzen herrschen unter der Bevölkerung der Mandschurei, die durch die Schrecken des imperialistischen Krieges verfolgt wird. Zu tausenden müssen die Menschen aus den bedrohten Gebieten flüchten. Auf den Wegen spielen sich entsetzliche Szenen ab. Zu den Gasbomben der Japaner kommen der Hunger, die Seuchen und die ungangbaren Wege, die zur Folge haben, daß am Wege Hunderte von Menschen erschöpft zu Boden fallen und sterben. Das ist die kapitalistische Kultur und Zivilisation, die Japan im Namen aller imperialistischen Mächte in die Mandschurei bringt. Das ist die „Ordnung und Sicherheit", die die japanischen Kanonen in diesem chinesischen Gebiet „wiederherstellen".

In Genf wird inzwischen geschachert. Wer soll die Mandschurei unterdrücken? Japan allein, oder alle imperialistischen Mächte zusammen? Man spricht nicht von „Krieg", beileibe nicht! Krieg gibt es überhaupt nicht in Genf.

Aber während die Kuomintang-Henker an die blutbesudelten Imperialisten appellieren, zeigt das werktätige chinesische Volk, daß es bald mit seiner Geduld ein Ende hat, daß sich die Millionen Unterdrückten erheben und unter den roten Sowjetfahnen ihre imperialistischen Peiniger und die Kuomintang-Lakaien hinwegfegen werden.

Rüstungsschacher in Genf

Fünfmächtekonferenz in Sicht — Der deutsche Imperialismus sucht nach dem Ausweg zur Kapitulation vor den Versailler Mächten

Genf, 23. November. In Genf gehen die Verhandlungen zwischen dem deutschen Außenminister v. Neurath und dem englischen Außenminister Sir John Simon sowie dem amerikanischen Vertreter Norman Davis weiter. Auf der Grundlage der englischen Vorschläge, die bekanntlich ausdrücklich betonen, daß das Versailler System bindend für alle Unterzeichnerstaaten sei, versucht der englische Imperialismus Deutschland auf die Abrüstungskonferenz zurückzubringen. Neurath erklärte ausdrücklich in den gestrigen Besprechungen, daß „der englische Plan gewisse Möglichkeiten für weitere Verhandlungen biete". Es wird nun ernsthaft davon gesprochen, daß eine Fünfmächtekonferenz einberufen werden soll, die England, Frankreich, Italien, Deutschland und die Vereinigten Staaten umfaßt. Deutschland erklärt nunmehr seine Bereitschaft, an einer solchen Konferenz auch dann teilzunehmen, wenn sie in Genf oder in der Umgebung von Genf stattfindet. Bekanntlich hat der deutsche Imperialismus sich vor den Reichstagswahlen geweigert, so offen vor dem französischen Standpunkt zu kapitulieren.

Der englische Vorschlag, der jetzt von den Vertretern der deutschen Bourgeoisie als eine geeignete Verhandlungsgrundlage bezeichnet wird, wurde bekanntlich von der englischen Regierung als eine Ergänzung des berüchtigten Knechtungs- und Aufrüstungsplanes der französischen Regierung bezeichnet.

Das französische Regierungsorgan, der „Temps", schrieb nach Veröffentlichung der englischen Vorschläge: „Die englischen Vorschläge widersprechen durchaus nicht den wesentlichen Prinzipien des französischen Planes. Ganz im Gegenteil kann man sie als eine Ergänzung des Vorschlags ansehen, den Frankreich in Genf präsentiert hat."

Wenn die deutsche Bourgeoisie sich jetzt beeilt, auf der Grundlage der Simonvorschläge vor den Versailler Mächten zu kapitulieren, so zeigt sich ganz klar, daß die Aufrüstungsforderungen der deutschen Bourgeoisie nicht das geringste zu tun haben mit einer nationalen Befreiung des deutschen werktätigen Volkes. Um einiger Zugeständnisse in der Rüstungsfrage ist der deutsche Imperialismus bereit, allen Sicherungen des Versailler Raubsystems zuzustimmen. Der Schacher in Genf zeigt nochmals, daß das Versailler System niemals fallen wird, solange in Deutschland die Kapitalisten das werktätige Volk knechten.

Neuer Anschlag der bulgarischen Regierung gegen die Arbeiterpartei

Sofia, 22. November. Unter dem Druck der gewaltigen Massenproteste wagt es die Regierung noch nicht, das Verbot der Arbeiterpartei offiziell zu erlassen. Dafür versucht sie jetzt, durch eine ungeheuerliche Verfolgungswelle gegen die Arbeiterpartei ihr Ziel auf anderm Wege zu erreichen. In den letzten Tagen sind zehn Abgeordnete der Arbeiterpartei ohne jede Begründung eingekerkert worden. Man behauptet einfach, sie seien Mittelsmänner der Komintern in Bulgarien. Die Regierung plant weitere Verhaftungen. Unter der Arbeiterschaft herrscht große Erregung und es werden große Demonstrationen, auch Proteststreiks erwartet.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

45. Fortsetzung

Fast in jeder Stadt konnte man einflußreiche Mitglieder unserer Partei finden, die die Gewohnheit hatten, eine Reihe von Genossen um sich zu sammeln, die täglich in ihren Wohnungen zusammenkamen und bei einer Tasse Tee alle Parteifragen erledigten. Diese Gewohnheit entstand in der Periode des Kampfes gegen die „furchtbare Verwilderung und gegen die Schwankungen des marxistischen Gedankens", das heißt gegen den Ökonomismus und Oportunismus. Zu jener Zeit waren diese Diskussionen über Fragen der Theorie und Taktik mit einzelnen Genossen und mit Gruppen von Genossen von großer Bedeutung.

Aber alles ändert sich. Auch diese Periode der Gewinnung einzelner revolutionärer Marxisten, zur Organisierung der „Iskra", ging vorbei. Die „Iskra"-Genossen waren schon lange zur Arbeit unter den Arbeitermassen übergegangen. Unter diesen neuen Bedingungen wirkte sich also die oben erwähnte Gewohnheit, besonders wegen der Illegalität der Arbeit, nicht zum Nutzen, nein, ganz im Gegenteil, zum Schaden der Bewegung aus.

Dasselbe Bild war auch in Odessa zu beobachten, wo „Onkelchen" (Lidija Knipowitsch) sich bitter beklagte, daß eine Reihe von Genossen sich ständig bei Ossip (Konstantin Lewizkij), dessen Wohnung von der Ochrana beobachtet wurde, versammelte, wo sie — nach alter Gewohnheit — ganze Tage verbringen, dort Mittag- und Abendbrot essen, diskutieren und sämtliche Fragen der ganzen Welt zu lösen trachten. Diese Art von Patriarchalität, die sie als Beweis einer ganz eigenartigen Rückständigkeit werteten, gefiel den neuangekommenen Genossen nicht. Dies war auch eine der Ursachen der Unzufriedenheit mit dem Komitee.

Vor der Ankunft des „Potiomkin"

Meine Ankunft in Odessa fiel mit der Krise im Odessaer Komitee, die auf Grund der obenerwähnten Ursache entstanden war, zusammen. Die Sache war schon so weit gediehen, daß die Peripherie dem Komitee ein Mißtrauensvotum ausdrückte. Das Komitee wurde beschuldigt, mit der Organisierung der Agitation und Propaganda nicht fertig zu werden und nicht in jenem Maße Flugblätter erscheinen zu lassen, daß der wachsenden revolutionären Arbeiterbewegung entsprochen hätte.

Zu jener Zeit konnte in fast allen Städten eine Unzufriedenheit mit den Komitees beobachtet werden. Die Parteikomitees, arm an Geldmitteln und Menschen — die Intellektuellen der Partei waren massenweise zu den Menschewiken übergegangen —, hatten keine Möglichkeit, die steigende Nachfrage nach illegaler Literatur zu befriedigen, die Agitation und Propaganda auf jene Höhe zu bringen, in jenem Ausmaße durchzuführen, wie es das Wachsen der Streikbewegung und die revolutionäre Bewegung der Arbeiterschaft Rußlands erforderte.

Odessa war keine glückliche Ausnahme von dieser Regel. Das Komitee von Odessa war eine Festung der Bolschewiken; zu jener Zeit, im Sommer 1905, ein Beschützer der revolutionären Traditionen des Bolschewismus. Das bolschewistische ZK. selbst zeigte nach der Parteispaltung auf dem 2. Parteikongreß gewisse Schwankungen und versöhnlerische Tendenzen den Menschewiken gegenüber. Aber auch das Komitee von Odessa blieb hinter den Forderungen zurück, die die wachsende Arbeiterbewegung an Flugblättern, an illegaler Literatur, Agitation und Propaganda stellte.

Die Träger der Unzufriedenheit waren hauptsächlich Genossen, denen die Ursachen der Spaltung, die am 2. Parteikongreß vor sich gegangen war, noch nicht klar waren, die zu jener Zeit den Unterschied zwischen Bolschewiken und Menschewiken nicht begriffen und die die mächtige Kraft des Zarismus einerseits, andererseits aber das kleine Häuflein von Sozialdemokraten-Marxisten vor sich sehend, die Spaltung der Partei bestenfalls als Wahnsinn betrachteten und sich offen für eine Versöhnung mit den Menschewiken aussprachen.

Zu diesen Genossen gehörten Afanassij und Michail, beide Mitglieder des Odessaer Komitees.

Die allgemeine Rückständigkeit des Komitees zeigte sich auch in den Bezirken. So bestand die ganze Organisation in den Bezirken Daljnjik, Fontan und Woksal, wo ich im Auftrag des Komitees als verantwortlicher Organisator arbeiten sollte, aus neun Mann: sechs Arbeitern, Zentristen, zwei Intellektuellen, die als stellvertretende Organisatoren sich betätigten, und mir. Es gab weder allgemeine Bezirks- noch Betriebszentralen. Es gab keine agitatorischen und technischen Gruppen. Die sogenannten „Verbindungen" zu den Betrieben bestanden nur aus einem einzigen Arbeiter und auch den gab es nicht in allen Betrieben.

Diese Art der Organisation entsprach vielleicht der Durchführung einer Massenagitation durch Flugblätter, für deren Verbreitung ein Arbeiter in jedem Betrieb vielleicht genügte. Sie war aber weitaus ungenügend zur Durchführung von Massenstreiks, Demonstrationen und breiter Massenarbeit. Das war allen bewußt. Besonders erschwert war die Lage, durch den notwendigen Kampf gegen die Menschewiken, die uns sehr oft in der technischen Arbeit überholten. Das war auch eine Ursache der Unzufriedenheit mit dem Komitee, die in den Peripherien zu beobachten war.

Die zertrümmerten Organisationen machten oft den Eindruck, als hätten ganze Regimenter sie verwüstet und keinen Stein auf dem anderen zurückgelassen.

Ich stürzte mich kopfüber in die Arbeit der Neuaufrichtung der Organisation in Daljnjik, Fontan und Woksal. Es halfen mir: „Mischa" (der damals erst 16 Jahre alt war), der Genosse S., die Genossen Wassilij und „Stoljar" und andere Arbeiter, deren Namen ich leider vergessen habe; außerdem zwei Intellektuelle, Mischa und Sonja Lasurkin, die Unterorganisatoren waren, wie auch der Propagandist Sjergowskij (ein Intellektueller, gewesener Seminarist aus Twerj) und die Propagandistinnen Nataschа (Gromowa), Gorschkowa, Tuljatschka. Mit ihrer Hilfe gelang es, bis zum Generalstreik, der in den ersten Maitagen ausgebrochen ist, in den Bezirken Daljnjik, Fontan und Woksal Bezirkszentralen zu organisieren, die die Leitung des ganzen Bezirkes in der Hand hatten. Außerdem wurden in diesem Bezirk noch zwei zentrale Zirkel geschaffen, von denen einer die Parteiarbeit in Daljnjik in zehn Betrieben leitete, der andere umfaßte alle Fabriken in Fontan und Woksal. In allen diesen Betrieben organisierten wir, soweit wir in ihnen Fuß faßten, ebenfalls zentrale Zirkel, die die Arbeit der ganzen Fabrik leiteten und sowohl eine politische, wie auch gewerkschaftliche Organisation darstellten.

Wie aus meinem „Rechenschaftsbericht des Organisators von Daljnjik, Woksal und Fontan" zu ersehen ist, der in der Korrespondenz Lenins und der Krupskaja mit der Odessaer Organisation gefunden wurde, hatte unsere Organisation im Daljnjiker Bezirk „Verbindungen" mit Arbeitern von 22 Betrieben. In den meisten dieser Fabriken gab es zentrale Zirkel (Gruppen). Die fortschrittlichen Arbeiter, die Mitglieder der Zentralzirkel und Gruppen wurden „Zentralisten" und „Gruppisten" genannt. Um ihnen die Arbeit zu erleichtern, wurde Arbeitsteilung eingeführt.

(Fortsetzung folgt)